

Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1970

Diejenigen Mitglieder, die einen Jahresbeitrag von mehr als 2,—DM gezeichnet haben, werden um Überweisung für 1970 gebeten.

Um Arbeit und Porto für etwaige Mahnungen zu vermeiden, wird gebeten, die Überweisung bald vorzunehmen. Konten: Kreissparkasse Husum Nr. 13 862
Postscheckamt Hamburg Nr. 114 07

Wohnungswechsel und Zustellung der Grenzfriedenshefte

Bei einem Wohnungswechsel tritt häufig eine Verzögerung in der Zustellung der Grenzfriedenshefte ein. Um das zu vermeiden, ist es ratsam, dem zuständigen Postamt (Zeitungsstelle) und uns die neue Anschrift mitzuteilen.

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Hans Peter Johannsen</i> Zwanzig Jahre Grenzfriedensbund	3
<i>Bruno Diekmann / Troels Fink</i> Grüßworte	5
<i>Johannes-H. Meyer</i> 1950-1970 / Wollen und Leistung	8
<i>Hans Peter Johannsen</i> Stichworte eines Dialoges.....	10
<i>Richard Schenck</i> Zweimal deutsche Friedensarbeit im Grenzland.....	12
<i>Ernst Beier</i> Für die Nation und übernationale Verständigung	19
<i>Johann Ohrtmann</i> So fern liegt das alles	26
<i>Karl Meitmann</i> Der Kapp-Putsch ist da	33
<i>Fritz Gottfriedsen</i> Erinnerungen an große Tage in kleinem Land.....	35
<i>Paul Koopmann</i> Nach Norden und Süden selbständig und frei	42

<i>Jan E. Jannsen / Ernst Siegfried Hansen</i> Ein Bild von dem geben, was ist	54
<i>Hans Sølvhøj</i> Vorurteile richten nur Schaden an	60
<i>Hermann Dombrowski</i> Dem Grenzfriedensbund gewidmet (Gedicht).....	65

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ZWANZIG JAHRE GRENZFRIEDENSBUND

Ganz sicher besteht in der Tatsache, daß eine Organisation zwanzig Jahre lang bestanden hat, allein noch kein Grund zu einer besonderen Hervorhebung des Datums. Dazu hat der Zeitraum insbesondere für den Zeitgenossen noch nicht jene ehrwürdige Länge, die eine größere Festlichkeit rechtfertigen könnte. Daher benutzen wir auch weniger unser „Jubiläum“ zum Feiern als vielmehr zum Nachdenken über die Ausreise, den Kurs und das Ziel des im März 1950 auf die Reise geschickten Schiffes.

Die Leistungen sind meßbar, aber zugleich unwägbare. Zwar können wir Zahlen nennen, etwa die der für soziale Zwecke verausgabten Mittel — sie gehen immerhin in viele hunderttausende DM, oder die Tatsache, daß im Durchschnitt vier bis fünf kulturelle Veranstaltungen im Jahr von uns veranstaltet wurden. Aber nur, wenn wir sicher sind, daß hinter diesen Zahlen sich auch jene Imponderabilien verbergen, die die eigentliche Leistung ausmachen, können wir mit Zufriedenheit über sie reden, und nur dann sind wir berechtigt, auf sie hinzuweisen; d. h., wenn wir die Gewißheit haben dürfen, daß von Kindern unbemittelter Eltern erlebte Fahrten in das deutsche Land, die ohne den Grenzfriedensbund nicht möglich gewesen wären, gemacht wurden, wenn wir uns mit alten Menschen an der Kaffeetafel zu Weihnachten freuen, wenn wir Sportvereine unterstützen, wenn wir materiell jungen Menschen den Eintritt in das Leben erleichtern konnten, wenn also hinter den Zahlen menschliche Kontakte stehen, dann dürfen wir unsere Aufgabe auf diesem Gebiet erfüllt sehen.

Und unsere Tagungen, unsere Vorträge, unsere Grenzfriedenshefte? Nicht daß gute Themen von guten Vortragenden behandelt wurden, macht den Erfolg schon aus, sie sind die natürliche Voraussetzung, — erst wenn wir Diskussionen

entfacht, Gedanken, denen auch Taten gefolgt sind, in Bewegung gesetzt haben, können wir von echter Wirkung sprechen.

Manches spricht dafür, daß wir solche Wirkungen erzielten, es darf uns dies Gefühl aber nicht beruhigen. Richtiger wäre vielmehr, zu fragen: Grenzfriedensbund 1950-1970 — und was nun? Nur eine Organisation, die sich selbst dauernd in Frage zu stellen bereit ist, kann sich jene Lebendigkeit bewahren, die sie in den Gezeiten der Geschichte zu etwas mehr als Geröll werden läßt, die sie einem Stein vergleichbar macht, der Ringe im Wasser bildet. So sollte uns unser Datum 1970 dazu veranlassen, Überlegungen über unseren Kurs anzustellen. Daß die ersten Kapitäne einen guten Kurs steuerten, hat sich inzwischen bestätigt. Wir haben keine Veranlassung, ihn zu ändern, vielleicht aber einige notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen, die sich aus den politischen und kulturellen Wetterverhältnissen der siebziger Jahre ergeben.

Dr. Hans Peter Johannsen

Grußwort

Den Mitgliedern und Freunden des Grenzfriedensbundes, die sich zur 20. Jahresversammlung am 25. April in Flensburg versammeln, möchte ich herzliche Grüße aussprechen. Bei dieser Gelegenheit gehen die Gedanken in die Zeit der Gründung zurück. Die Verhältnisse waren damals auf allen Lebensgebieten durch die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit geprägt. Dies gilt sowohl für das Land Schleswig-Holstein allgemein als auch für zahllose Bürger und Heimatvertriebene. Um in der besonderen Lage an der Grenze so schnell und so nachhaltig wie möglich diese Verhältnisse bessern zu helfen, entstand der Gedanke, eine Organisation ins Leben zu rufen, die sowohl in sozialer als auch in kultureller Hinsicht neue Wege beschreiten sollte. An anderer Stelle dieses Heftes ist im einzelnen von der Geschichte, der Gründung und der Arbeit des Grenzfriedensbundes die Rede. Ich darf mich daher hier darauf beschränken, unserer gemeinsamen Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß die stille, kontinuierliche Arbeit des Grenzfriedensbundes wesentlich dazu beigetragen hat, ein politisches und ein menschliches Klima an der Grenze zu schaffen, das wir alle als harmonisch empfinden. Ich denke gern an meine Tätigkeit als Vorsitzender und meine Mitarbeit im Vorstand zurück und möchte hier mit Respekt und Dankbarkeit die Namen unserer Freunde Jens Nydahl, Detlef Hansen und Walter Lurgenstein nennen, von denen jeder in seiner Weise einen entscheidenden Beitrag der ersten Stunde leistete. Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, daß die Stimme unserer Organisation gehört worden ist, und wir hoffen, daß der Grenzfriedensbund weiterhin zur fruchtbaren Entwicklung der Verhältnisse an der Grenze beitragen wird.

TROELS FINK

Grußwort

In der großen Reihe von fünfzigjährigen und fünfundzwanzigjährigen Jubiläen, die in diesem Jahre gefeiert werden, ist ein zwanzigjähriges Jubiläum etwas Besonderes. Vor fünfzig Jahren fanden die Volksabstimmungen statt, durch die die jetzige Grenze festgelegt wurde, und vor fünfundzwanzig Jahren brach das Hitlerreich zusammen, und das bedeutete für Dänemark die Befreiung von der deutschen Besetzung.

Die Verhältnisse vor fünfzig und vor fünfundzwanzig Jahren ähneln sich. In beiden Fällen ging ein Weltkrieg zu Ende, in beiden Fällen wurde der Verlauf der deutsch-

dänischen Grenze problematisch. Der äußere Friede kehrte zwar ein, der innere aber noch nicht. Die Gegner standen sich politisch immer noch scharf gegenüber. Aus der Nachkriegssituation nach 1945 ist der Grenzfriedensbund hervorgegangen — mit dem Ziel, den inneren Frieden wieder zu erreichen und eine Verständigung zwischen den bisherigen Gegnern herbeizuführen. Die Arbeit ist unter schwierigen äußeren Voraussetzungen angefangen worden, und auf Anerkennung und Verständnis mußte lange gewartet werden. Nach zwanzig Jahren aber kann die Leitung des Vereins mit Genugtuung zurückblicken; die zerrissenen Bande sind wieder geknüpft, die grundlegenden Gesichtspunkte des Vereins sind heute richtungweisend geworden. Der Grenzfriedensbund hat durch eine Reihe von Veranstaltungen gezeigt, wie man eine solide Verständigungsarbeit leistet. Mit am Beginn stand der umfangreiche Bericht über eine gemeinsame deutsch-dänische Buchausstellung im Jahre 1952; die beiden Seiten im deutsch-dänischen Nationalitätenkampf waren dort durch eine Reihe von Büchern vertreten. Die Gesichtspunkte in den Büchern waren kontrovers, das wurde nicht verleugnet. Symbolisch aber war es, daß die Gegensätze in dem gemeinsamen Rahmen vereint waren.

Später fanden eine lange Reihe von deutsch-dänischen Gesprächen statt, und seit 1953 erscheinen die Grenzfriedenshefte, in denen die aktuelle und geschichtliche Problematik grundsätzlich behandelt werden. Alles das ist ein Zeichen dafür, daß man keinen faulen Frieden wollte. Man wollte der Geschichte gerecht werden, nichts wurde verniedlicht, und man scheute sich nicht, die heißen Eisen anzufassen. Die grundlegende Einsicht, daß eine deutsch-dänische Verständigung auf einer klaren nationalen Grundlage aufgebaut werden muß, ist das Kennzeichnende für die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre im schleswigschen Grenzland. Das Neue liegt darin, daß man von beiden Seiten jetzt auf der Grundlage demokratischer Ideale bereit ist, miteinander zu diskutieren, und willens ist, die gegensätzlichen Standpunkte zu verstehen. Wo man früher einander den Rücken kehrte, steht man sich heutzutage aufgeschlossen gegenüber.

Die Geschichte wird heutzutage oft abgelehnt, sie ist aber für die Gesellschaft eine Notwendigkeit, sie kann aber nur lebendig bleiben, wenn sie in irgendeiner Form mit den heutigen Verhältnissen in Verbindung gebracht wird. Für den Wissenschaftler ist jede Epoche, wie Ranke gesagt hat, unmittelbar zu Gott, und das gilt immer noch. Man muß aber auch den Gesichtspunkt berücksichtigen, daß eine aktuelle Verbindung zur Geschichte hergestellt werden muß. Für uns ist die Aktualität eben, daß wir, Dänen und Deutsche, uns nicht länger feindlich gegenüberstehen, sondern jetzt gemeinsam unsere Gegensätze und Kämpfe im neuen Licht betrachten können und dadurch den geistigen Reichtum dieses Landesteils neu herausarbeiten und verwerten wollen und können.

In dieser Hinsicht hat der Grenzfriedensbund in zwanzig Jahren eine sehr große Leistung vollbracht, ja, so weit sind wir gekommen, daß ich mir ein paar kritische Worte erlauben darf. Wir wollen ja offen miteinander sprechen. Meine Kritik gilt dem Namen „Grenzfriedensbund“. Erstens ist er beinahe unübersetzbar, man kann schlecht auf dänisch „Grænsefredsforbundet“ sagen, aber man könnte sich vielleicht daran gewöhnen; die zweite Einwendung wiegt dagegen schwerer und bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Krieg und Frieden. Ein Krieg wird gewöhnlich mit einem Frieden beschlossen, und dann ist der Kampf vorbei, bis ein neuer Krieg ausbricht. Wenn man aber einen Friedensbund aufrechterhält, setzt es eigentlich voraus, daß es Leute gibt, die bei guter Gelegenheit wieder Krieg führen wollen, und daß man diese bekämpfen muß. Wenn ich meine Einwendung anders ausdrücken soll, dann könnte ich sie so formulieren: Der Friede ist auf allen Gebieten erreicht worden; der Grenzfriedensbund hat in der Hinsicht seine Mission erfüllt. Jetzt ist die Aufgabe eher, die Begegnung an der Grenze aktuell und fruchtbar zu gestalten. Viele gute Kräfte sind jetzt dabei tätig, und der Grenzfriedensbund ist jetzt eigentlich ein „Grenzbegegnungsbund“ geworden. Hiergegen könnte man einwenden, daß man ebensowenig „Grenzbegegnungsbund“ übersetzen kann wie Grenzfriedensbund; schwerer wiegt aber, daß wir uns so sehr an den Namen Grenzfriedensbund und Grenzfriedenshefte gewöhnt haben, daß wir sie nicht mehr entbehren können, ohne daß wir eine, wie es heutzutage so hübsch heißt, „Entfremdung“ befürchten müssen. Man fasse diese Anregung bitte nicht als eine Einmischung in innere Angelegenheiten auf; der Zweck ist, auf den Unterschied zwischen der Zeit der Gründung und heute hinzuweisen.

Durch seine hervorragende Arbeit hat der Grenzfriedensbund dazu beigetragen, die von allen Seiten gewünschte Entspannung in konkreten Formen zu gestalten, der Friede ist erreicht, es ist aber eine dauernde Aufgabe, das Zusammenleben zweier Nationalitäten in einem Grenzraum bereichernd und menschlich wertvoll zu gestalten.

Ich wünsche dem Grenzfriedensbund eine lange Reihe von guten Arbeitsjahren und runden Jubiläen, und ich richte meine Glückwünsche zum heutigen Tage an den Vorsitzenden Dr. Hans Peter Johannsen, den ideenreichen, tatkräftigen und idealistischen spiritus rector des Vereins.

DIE GRUNDSATZERKLÄRUNG DES GRENZFRIEDENSBUNDES AUS DEM JAHR 1950

Der Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande will in europäischem Geiste deutsche Kulturarbeit im Grenzlande pflegen, ein friedliches Nebeneinander von deutschem und dänischem Volkstum fördern und zur Verständigung mit dem dänischen Nachbarvolke einen Beitrag leisten.

Als deutsche Friedensarbeit betrachtet er den Ausbau des deutschen Kulturwesens auf beiden Seiten der Grenze. Er denkt dabei an Schulen, Kindergärten, Jugendarbeit, Sport, Ferienlager, Volkshochschulen, Büchereien, Musik, Theater, Laienspiel, Schul- und Wanderfahrten und ähnliche Veranstaltungen und Einrichtungen.

Als seine Aufgabe betrachtet er vor allen Dingen die Unterstützung derjenigen Bevölkerungskreise, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen an den deutschen Kulturgütern bisher keinen vollen Anteil haben konnten und infolgedessen in ihrer nationalen Haltung unsicher wurden. Da Unterstützungen auf die Dauer keine wirksame Sicherung bieten, hält er allgemeine Dauerarbeit für alle Werktätigen und Lohn- und Versorgungssätze, die denen im Nachbarlande vergleichbar sind, für unerlässlich. Darum wird er die verantwortlichen Stellen und die gesamte Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik nachdrücklich darauf hinweisen, daß der allgemeine Lebensstandard der breiten Schichten im Grenzlande gehoben werden muß, wenn die Kulturen der beiden Völker sich hier frei und gegenseitig befruchtend begegnen sollen.

Der Grenzfriedensbund steht auf dem Boden der Kieler Erklärung und gesteht jedem das Recht zu, sich in Fragen des Volkstums frei zu entscheiden.

Von diesem Standpunkte aus glaubt der Grenzfriedensbund eine Verständigung mit gleichgesinnten Kreisen des dänischen Volkes erreichen zu können.

*Geleitworte zur Ausstellung des Grenzfriedensbundes
in der Stadtbücherei Flensburg aus Anlaß seines zwanzigjährigen Bestehens*

Die Aufgabe und Leistung des Grenzfriedensbundes

Die Satzungsunterschriften bei der Gründungsversammlung des Grenzfriedensbundes vom 11. März 1950 tragen die folgenden Namen:

Paul Dölz	Jens Nydahl	Arthur Lechner
Walter Lurgenstein	Herbert Sperling	Ernst Beier
F. Osterroth	Johs. Begier	Dr. H. Karl
Richard Hansen	Carl Staack	Detlef Hansen
Hans Pollok	Ernst Harms	Dr. H. P. Johannsen

Die Aufgabe wurde dahin umrissen, daß deutsche Kulturarbeit im europäischen Sinne geleistet werden sollte. Die allgemeine Aufmerksamkeit sollte auf unsere Grenze gelenkt werden mit den kulturellen und sozialen Aufgaben, die sich aus der besonderen Lage des Grenzlandes ergeben. Damit wurde eine Arbeit eingeleitet, die sich bis heute als fruchtbar erweisen sollte. Zunächst allerdings mußten Mißverständnisse bei den schon vorhandenen deutschen Organisationen und auch im dänischen Lager ausgeräumt werden. Danach aber gelang die Entfaltung eines reichen Arbeitsprogramms.

1. Erstrebt wurde eine bessere soziale Situation sowohl für den einzelnen als auch wirtschaftlich für das Grenzland als solches.

Hier stellten sich alsbald ehrenamtliche Helfer aus allen Schichten der Bevölkerung zur Verfügung, welche die Sozialarbeit auf sich nahmen. Notfälle einzelner Personen und Familien wurden aufgespürt und nach Möglichkeit gemildert. Hilfen für Sondersituationen wurden geleistet. Es kam darauf an, die zur Verfügung stehenden Mittel gerecht und wirksam zu verteilen.

2. Erstrebt wurde weiter eine Vertiefung des allgemeinen Wissens um das deutsche Kulturleben und der Kenntnisse über das Grenzland und den dänischen Nachbarn. Hierfür stellten sich ebenfalls viele Helfer zur Verfügung, die Vortragsabende über entsprechende Themen durchführten. Es ergab sich die echte Leistung, daß im Landesteil Schleswig zwanzig Jahre hindurch alljährlich vier bis fünf Vortragsabende abgehalten wurden, die durchweg gut besucht waren.

3. Schließlich wurde im Rahmen der Aufklärungs- und Unterrichtsarbeit eine größere Breitenwirkung erstrebt.

Diese erreichte die Zeitschrift „Grenzfriedenshefte“. Außerdem gab es eine Reihe von weiteren Publikationen. Sie reichten mit ihrem Gehalt über die Grenze hinweg und sind zum Teil zweisprachig gehalten. Hierbei ist auch der „Flensburger Studienkreis“ beteiligt, zu dem sich der Grenzfriedensbund, der Deutsche Grenzverein und die Flensburger Volkshochschule e. V. zusammengeschlossen haben.

Es ist zwanzig Jahre lang hart und mit Idealismus gearbeitet worden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Johannes-H. Meyer

Stichworte eines Dialoges

In der Arbeit des Grenzfriedensbundes nehmen die literarischen Veröffentlichungen einen besonderen Platz ein. Wenn man sie auch als den Versuch, neue Wege zu beschreiten, bezeichnen darf, so stehen sie doch in einer großen Tradition der kulturellen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und Dänemark.

Daß es in dieser Entwicklung Höhepunkte und Leerräume gegeben hat, ist politisch verständlich und bekannt. Nicht so bekannt ist hingegen die Tatsache, daß der in der Reformation begonnene, in der Romantik zu einem Höhepunkt geführte Dialog zwischen beiden Kulturen nicht gänzlich zum Erliegen kam, was nach zwei Kriegen (1848/51 und 1864) hätte erwartet werden können. Der Dialog wurde auf der Ebene der Literatur weitergeführt und erhielt im Grenzland seinen besonderen Klang, indem zu den Dichtern und Publizisten sich Historiker und Politiker gesellten, die das Nachbarland als Problem empfanden.

Der Titel des von Troels Fink verfaßten d+d-Buches Nr. 2 ist ein Fund, denn Deutschland als Problem Dänemarks und umgekehrt Dänemark als Problem Deutschlands (Schleswig-Holsteins), das ist in der Zeit seit etwa 1870 in der Tat ein Motto für beide Völker geworden.

Überblickt man die Literatur der deutsch-dänischen Auseinandersetzung seit 1830, so erkennt man, daß sie bis 1870 überwiegend von historisch-politischen Stoffen und der Erörterung dynastischer sowie verfassungsrechtlicher Fragen geprägt ist; hinzu kommt die Freund-Feind-betonte Memoirenliteratur.

Später, etwa seit 1909, werden neue Gedanken hinsichtlich des Verhältnisses von Volk und Staat geäußert, eine Tendenz, die in den zwanziger Jahren besonders deutlich wird. Entschlossen werden auf beiden Seiten neue Inhalte und Formen des Dialoges gesucht und gefunden. Die Schwarzweißzeichnung, von der sich auch die Wissenschaft nicht immer frei wußte, weicht nach 1950 einer Betrachtung, die durch den Willen zur Objektivität und zur Partnerschaft gekennzeichnet ist. Daneben verzeichnen wir eine reiche, jedoch standpunktlose Trivilliteratur des Massentourismus.

Von dieser Situation ausgehend, zeigt der Grenzfriedensbund in seiner Ausstellung „1950 bis 1970“ nicht nur den eigenen Beitrag, sondern in Stichworten zugleich Hauptzeugnisse einer Tradition, in der dieser Beitrag gesehen werden möchte.

Im achtzehnten Jahrhundert, der Zeit weltbürgerlichen Denkens, kann man von wirklichem Geben und Nehmen sprechen:

Borson nimmt Gedanken des deutschen Pietismus in sich auf und gibt ihnen eine hohe dichterische Leuchtkraft, Klopstock begeistert Johannes Ewald als Dichter,

Baggesen preist Schiller, und Gerstenberg weist die Deutschen auf die nordische Mythologie hin, die dann in der deutschen Romantik so große Bedeutung gewann. Im neunzehnten Jahrhundert, einer durch den Nationalismus und die Gesellschaftskritik gebrochenen Zeit,

wirken zunächst die Goethezeit und die Romantiker auf Dänemark, und Oehlenschläger, Grundtvig, Kierkegaard und andere sind jeder auf seine Weise von ihr beeinflusst. In dieser Zeit war der Norden der Empfangende. Später gab er aus dieser Periode in reichem Maße zurück: durch Grundtvig und Kierkegaard.

Die Schleswig-Holsteiner Storm, Groth und Hebbel nehmen eine Sonderstellung in diesem Spiel der Kräfte ein.

Mit der Goethezeit und mit Hegel endet die Ausstrahlungskraft Deutschlands. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts erhalten Georg Brandes und die naturalistischen Dichter eine überragende Bedeutung für die deutsche Moderne um 1880 bis 1900. Thomas Mann konzipiert Tonio Kröger in Aalsgaarde auf Seeland.

Im zwanzigsten Jahrhundert, dem Zeitraum des übersteigerten Nationalismus und des Suchens neuer Wege, geben Historiker und Politiker auf beiden Seiten der Grenze der Auseinandersetzung zwar oft Schärfe, aber nach dem zweiten Weltkrieg setzen Historiker, Schriftsteller und Politiker auf beiden Ufern des Grenzbaches neue Wegzeichen.

Die in der Ausstellung vorgetragene „Stichworte“ zeigen nicht nur, daß die Debatte nie aufhörte, sie lassen auch erkennen, daß auf allen Ebenen der Gefühle und Gedanken neue Kräfte der schöpferischen Persönlichkeiten beider Nationen lebendig werden. Sie wirken in eine Situation im Grenzland hinein, in der deutsche und dänische Gesangbuchverse ebenso lebensmächtig bei schlichten Menschen werden können wie die jetzt erst zur vollen Wirkung kommenden Gedanken Kierkegaards. Die Erforschung dieser Beziehungen ist wichtig; in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts bedarf es neben der allgemeinpolitischen Geschichte der Kulturgeschichte als Ergänzung. Hier ist Neuland.

Hans Peter Johannsen

Nein, politische Nachbarschaft vollzieht sich nur dort, wo ohne künstlichen Zwang die Geschichte in die Gegenwart hineinwirkt, und wo auch die Gegenwart mit jedem Tag Geschichte werden soll, wo man sich also des Verschiedenseinwollens und des Miteinanderlebenwollens bewußt ist. Deutsch-dänische Nachbarschaft in diesem bewußten politischen Sinne, sie liegt greifbar und sichtbar allein zwischen Eider und Königsau.

Hartwig Schlegelberger im d+d-Taschenbuch „Der europäische Aufbruch“

Zweimal deutsche Friedensarbeit im Grenzland

Der Grenzfriedensbund, auf eine Anregung Jens Nydahls zurückgehend, ist der Ähnlichkeit der Namensgebung wegen mit dem Friedensverein Pastor Schmidt-Wodders in ideelle und historische Beziehung gesetzt worden. Bei näherem Hinsehen erweist es sich aber, daß ein solcher Zusammenhang zwischen beiden Organisationen nicht besteht, sondern daß sie unter sehr verschiedenen politischen und menschlichen Voraussetzungen gegründet worden sind.

I

Johannes Schmidt-Wodder und der Friedensverein

Seinen Namen hörte ich zum ersten Mal als Zwölfjähriger im Jahre 1912. Ich besuchte, wie häufig, meinen Großvater, Rektor Friedrich Konstmann, und traf bei ihm einen Herrn, der mir als Prof. Hansen namhaft gemacht wurde. Wie mir mein Großvater nachher erklärte, hätten die beiden über einen „Friedensverein“ gesprochen, von dem ich bis dahin nichts wußte. Dieser sei die verdienstvolle Gründung eines Pastors Schmidt aus Wodder und wolle, entgegen der schädlichen Unterdrückungspolitik der preußischen Regierung und eines „Deutschen Vereins“, für ein friedliches Miteinander von Deutschen und Dänen in Nordschleswig wirken. Prof. Hansen sei der Flensburger Ortsvorsitzende dieses Vereins und er selbst dessen Mitglied.

Getroffen und gesprochen habe ich Pastor Schmidt erst Jahrzehnte später, nach dem Zweiten Weltkrieg, auf dem Knivsberg. „Wissen Sie“, fragte ich ihn, „daß Sie zu meinen frühesten politischen Vorbildern gehören?“ Ich erzählte ihm die obige Episode, fuhr dann aber fort: „Unsere politischen Wege haben sich dann freilich weit voneinander entfernt.“ Pastor Schmidt mochte dies nicht zugeben. So weit, meinte er, stünden wir gar nicht voneinander. Er hatte unrecht. Den fundamentalen Gegensatz zwischen meiner freiheitlich-demokratischen und seiner autoritär-konservativen Gesinnung wollte oder konnte er nicht erkennen. Auch ich war im Irrtum, wenn ich — damals noch — glaubte, der junge Pastor Schmidt, der Gründer des Friedensvereins, sei dem demokratischen Freiheitsideal noch offen gewesen. Er war es nie.

Davon zeugt schon früh sein Unbehagen über die Unterstützung, die seine Bestrebungen vornehmlich von seiten der deutschen oppositionellen Linken, des Freisinns und der Sozialdemokratie, erfuhren. (Eine freikonservative Stimme wie die des Historikers Hans Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern blieb vereinzelt.) Dabei hätte er mehr Unterstützung dringend gebraucht, stand ihm doch die nationale Rechte, in Nordschleswig verkörpert im „Deutschen Verein“, in einer antidänischen Haltung gegenüber, die immer unduldsamer wurde. Dies hat

ihn jedoch in seiner Grundeinstellung so wenig beirrt wie der Absprung namhafter konservativer Mitglieder seines Vereins, z. B. von Prof. Graef und Landgerichtsdirektor Hansen in Flensburg.

Es ist hier an die vom „Deutschen Verein“ einberufenen Massenkundgebungen in Flensburg im Dezember 1913 zu erinnern. Zwei Vorträge des Nordpolfahrers Roald Amundsen, von denen der zweite, weil er in norwegischer Sprache gehalten werden sollte, von den örtlichen Behörden verboten worden war, dann jedoch auf Weisung des Innenministers erlaubt werden mußte, ein harmlos unpolitisches Vorkommnis also, gab den Anstoß, daß in zwei Doppelveranstaltungen an zehntausend Menschen, auch gegen die angeblich zu weiche eigene Regierung gewendet, „eine starke, zielbewußte, vor allem stetiger geführte Nordmarkpolitik“ verlangten. Pastor Schmidt sammelte in einer Gegenversammlung des Friedensvereins, in der er sich gegen eine Verschärfung der Lage wandte und für ein ehrlich freundnachbarliches Verhältnis gegenüber Dänemark warb, nur achthundert Hörer und demonstrierte damit, wie gering sein Einfluß in der nationalistisch angeheizten Luft jener Tage geblieben war. Dies wurde noch deutlicher, als wenig später, im Januar 1914, Thorvald Stauning, der nachmalige dänische Staatsminister, in einer Arbeiterversammlung in Flensburg nicht sprechen durfte und ausgewiesen wurde, als er die Anwesenden nur mit den zwei Worten „God dag“ begrüßte.

Pastor Schmidt aber gab noch nicht auf. Im Frühjahr 1914 konzipierte er zusammen mit Tiedje und anderen, da „zur Lösung der Schul- und Sprachenfrage die Einführung weniger dänischer Sprachstunden kaum den Anfang einer Wende bedeutet hätte“, eine Denkschrift, in der „ein wirksames Schulprogramm“ gefordert wurde, ein „Regierungsprogramm, das die Interessen der deutschen Bevölkerung in jeder Weise sichert und erweitert (z. B. durch Volkshochschulen) und andererseits die darüber hinausgreifende Aufgabe anpackt, die ganze Bevölkerung Nordschleswigs Deutschland fest anzugliedern, womöglich die Sympathie des Nordens zu gewinnen“. In dieser Haltung bestärkte ihn merkwürdigerweise der Ausbruch des Weltkrieges. Er sah nun neue Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Dänen und Deutschen. Daher legte er jetzt seine Denkschrift drei deutschen Persönlichkeiten vor, die ihn von Anfang an unterstützt hatten: Martin Rade, Hans Delbrück und Friedrich Naumann. Ohne Wirkung natürlich; denn im Machtrausch des nationalen Aufbruchs war nun auch der Einfluß dieser Männer paralytisch. Unterdes war in Nordschleswig selbst das Fiasko des Friedensvereins besiegelt, seine Unfähigkeit, der herrschenden Unterdrückungspolitik ein Paroli zu bieten, vollends offenbar geworden, als bei Kriegsbeginn dänisch gesinnte Nordschleswiger massenhaft verhaftet wurden. Folgerichtig trat der Verein von der Bühne ab.

Um gerecht zu sein, wird man einräumen müssen, daß im scheinkonstitutionellen,

halbabsolutistischen wilhelminischen Deutschland, entgegen der für den nationalen Machtstaat begeisterten Stimmung der tonangebenden Kreise, eine Bewegung wie die des Friedensvereins von vornherein wenig Aussicht hatte, sich zur Geltung zu bringen. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß Pastor Schmidt gerade denjenigen Schichten, die die verfehlte Nordmarkpolitik stützten und trugen, sogar noch anheizten, nach Herkommen und Weltanschauung zugehörte und daß er daher die politischen Hilfen, die er von den versöhnungswilligen demokratischen Kräften der deutschen Politik hätte haben können, nicht ergriff. Hätte sich deren Verständigungswille mit dem seinigen vereinigen lassen, wäre für die Grenzfriedenssache doch am Ende einiges zu erreichen gewesen. Die Chance blieb ungenützt.

Der Zwiespalt, in dem der Gründer des Friedensvereins befangen blieb, erhelte auch daraus, daß er das ganze Problem auf die Sprachenfrage einengte. Er erkannte nicht oder wollte nicht erkennen, daß es sich in Wahrheit um die nationale Entscheidung und darum handelte, ihr freie Bahn zu schaffen; sei es, indem man der Bevölkerung Nordschleswigs — innerhalb der Grenzen des preußischen Staates, die in Frage zu stellen damals nicht möglich war — Selbstverwaltung gewährte. Das blieb außerhalb seines Gesichtskreises.

Erst 1920, nach den Volksabstimmungen und der neuen Grenzziehung, nahm auch er das Prinzip der Selbstbestimmung an. Nun fordert er, wegen der En-bloc-Abstimmung in Nordschleswig, „eine neue Entscheidung“, und diese Forderung blieb bekanntlich bis 1945 auf dem Programm der deutschen Minderheit. Auch hat er sich als Abgeordneter im Folketing dem dänischen Parteienstaat und seinen parlamentarischen Spielregeln, wie immer er darüber gedacht haben mag, anzupassen verstanden und tatsächlich für die Volksgruppe, die er vertrat, Beachtliches erreicht.

Demokrat aber ist er nicht geworden. Wie er schon den Kapp-Putsch begrüßt hat, ist ihm die erste deutsche Republik „eine furchtbare Zeit“ gewesen, „die zum Untergang führen mußte, wenn nicht alle gesunden Kräfte zur Gegenwehr sich erhoben hätten“. „Aber sie hätten sich nicht erhoben, ohne daß einer sie rief mit all der leidenschaftlichen Glut, der zähen Geduld und der unbedingten Forderung, sich zurückzustellen — hinter seine Führung.“ „Es ist derselbe Führer, der sich heute an die germanische Welt in Europa wendet mit der Aufforderung, Deutschland zu folgen in der Spur, die es eingeschlagen.“ „Ernstere und eindringlicher als je kann er heute verweisen auf die Hölle, die sich vor Europa aufgetan“ durch das Bündnis des bolschewistischen Rußlands mit den angelsächsischen Mächten, „die dem Fluch des Goldes verfallen sind und mit ihrem Ausbeutungssystem die Menschen dem Bolschewismus zutreiben“. „Deutschland hat ein moralisches Recht, den Völkern Europas zuzurufen: Tretet an meine Seite, ich führe euch.“ Dies sind Zitate aus Schmidts enthüllender Schrift

„Germanische Schicksalswege“, von der Volksgruppe als Festgabe zu seinem 75. Geburtstag 1944 veröffentlicht, also wohl 1943 geschrieben (S. 83). An anderer Stelle dieser Schrift (S. 182) träumt er von einem großgermanischen Bund unter deutscher Führung. Und noch im letzten Kriegsjahr hat er die Jugend Nordschleswigs zu freiwilligem Fronteinsatz aufgerufen.

1945 sind seine Träume zerstoßen, aber zu letzter Ehrlichkeit vor sich selbst ringt er sich auch jetzt noch nicht durch. In der kleinen Schrift „Um des deutschen Volkes Existenz und Europas Aufbau“ (Apenrade, o. J.), lesen wir (S. 21 f): „Es ist heute klar, daß immer mehr Menschen des deutschen Volkes daran zweifelten, daß Hitler verstand, was dem deutschen Volke dient, ja, daß viele fürchteten, daß es dem Abgrund zugehe. Aber sie hatten kaum eine Möglichkeit, diesem Ablauf der Dinge zu steuern, nicht einmal den des Martyriums, weil das Liquidieren ohne Gerichtsurteil so unheimlich schnell und verschwiegen arbeitete. Schließlich zeigten die Orgien des Sippenmordes, daß jeder, der widerstrebte, zugleich seine ganze Familie und seine Freunde ins Verderben riß. Das ist ein furchtbares Kapitel deutscher Geschichte.“ Daß er, Johannes Schmidt, zu den Zweiflern, geschweige denn zu den (notgedrungen schweigenden) Gegnern des mörderischen Regimes bis zuletzt nicht gehört hat, gesteht er sich auch jetzt noch nicht ein.

Zweifelnd bleibt er auch gegenüber der zweiten deutschen Demokratie, deren erste schwierige Schritte unter Besatzungsrecht er mit pessimistischen Prognosen begleitet. Er beklagt das Scheitern einer großzügigen Siedlung, verurteilt das Zurückströmen der Menschen in die zerstörten Großstädte, die nach seiner Meinung nicht wieder aufgebaut werden sollten. Er will also nicht einsehen, daß die urbanisierte Industriegesellschaft unser Schicksal ist. Er leugnet zwar nicht mehr, „daß eine auf allgemeine Abstimmung und daraus gewonnene Stimmenmehrheit aufgebaute Demokratie ihre Vorzüge und ihre Berechtigung haben kann“, sträubt sich aber, „wenn sie als einzig wahre Verwirklichung der Demokratie uns aufgedrängt werden soll“. Das allgemeine Stimmrecht mag „an richtiger Stelle mit einzubauen“ sein, „aber Allheilmittel ist es nicht“ (a. O. S. 25). — Hiernach fällt mir zu Pastor Schmidt nichts mehr ein.

II

Jens Nydahl und der Grenzfriedenshund

Von ganz anderer Art war Jens Nydahl, der Initiator und wegweisende Vorsitzende des Grenzfriedensbundes bis zu seinem durch Krankheit erzwungenen Rücktritt 1961. Im Wesen und Wirken dieses Mannes gibt es nichts Widersprüchliches. Aufrecht ist er durchs Leben gegangen. In seiner früh gewonnenen Überzeugung, für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten zu müssen, hat er sich auch durch die widrigsten Umstände niemals beirren lassen. So hat er die braune Gewaltherrschaft, die ihn aus dem Amte jagte und auf niederträchtige Weise

beschuldigte, mühsam sich durchschlagend, ohne Charakterschaden überstanden, anders als die Mehrzahl seiner Zeitgenossen. Ich weiß nicht, ob der Häuslerjunge aus Kraulund, der es über Seminar und Studium bis zum Leiter des Groß-Berliner Schulwesens brachte, der nach dem Kriege in der Heimat seine eigentliche Lebensaufgabe fand, ich weiß nicht, ob Jens Nydahl Friesenblut in seinen Adern hatte. Aber etwas von der Steifnackigkeit der Friesen, deren Sprache er verstand, eignete ihm, wenn auch die weicheren Züge des Schleswigers nicht fehlten.

Es war Hermann Lüdemann, der ihn 1947 vom Stuhl des Bezirksbürgermeisters in Berlin-Tempelhof nach Kiel holte und ihm die Verwaltung des Kultusministeriums anvertraute. In diesem Amt blieb der Landesdirektor Nydahl (Staatssekretäre gab es bei uns noch nicht) jedoch nur etwa ein Jahr, und das kam so:

Wie noch erinnerlich sein wird, hatte ich den betrübenden Vorgängen in meiner engeren schleswigschen Heimat mein besonderes Augenmerk zugewendet. Zur besseren Beobachtung und nach Möglichkeit Beeinflussung der Ereignisse im Grenzgebiet hatte ich mir eine „Landesstelle für Heimatdienst“ zuordnen lassen, für die der Lehrer Peter Petersen, ein Mann mit reicher Grenzerfahrung, als Referent tätig wurde. Diese Stelle mußte jedoch zufolge dänischer Denunziation auf Weisung der Militärregierung vorzeitig ihre Tätigkeit einstellen. Damit stellte sich die Frage: Was nun?

Ich schlug dem Ministerpräsidenten vor, in der Stadt und für den Landesteil Schleswig eine besondere, keinem Fachministerium anzugliedernde Dienststelle einzurichten, sie Nydahl zu unterstellen und ihm Peter Petersen mitzugeben. Lüdemann, dem mein Eifer in diesen Sachen wohl schon ein wenig auf die Nerven gefallen war, griff diesen Gedanken um so lieber auf, damit ich aus der Schußlinie kam. Doch auch die Sache war ihm einleuchtend: daß es nützlich sein könne, der in beunruhigendem Maße richtungslos gewordenen Grenzbevölkerung eine Dienststelle im Grenzland selbst anzubieten, besetzt mit Männern ihrer eigenen Art und Denkweise, an die sie sich vertrauensvoll wenden könnten. So wurde Jens Nydahl „Landesbeauftragter für Schleswig“. Sein Dienstsitz war im ehemaligen preußischen Regierungsgebäude, und von hier aus — denn er war viel unterwegs — hat er auf mancherlei Weise — ins einzelne zu gehen, ist nicht nötig — segensreich gewirkt. Als die Dienststelle, die, weil nicht einzuordnen, der Ministerialbürokratie immer ein Dorn im Fleisch geblieben war, nach einigen Jahren zur Kanzlei des Ministerpräsidenten nach Kiel gezogen wurde, waren Lüdemann und sein Nachfolger Diekmann nicht mehr im Amt, und Jens Nydahl hatte das Pensionsalter erreicht. Peter Petersen wurde Schulrat für den nördlichen Bezirk, somit auch für die dänischen Schulen. Dr. Gäde, ehemals Direktor des deutschen Gymnasiums in Apenrade, setzte die in Schleswig begonnene Arbeit

noch eine Reihe von Jahren fort, so weit und so gut es denn unter den nun obwaltenden Umständen möglich war. Jens Nydahl aber, jetzt amtlicher Pflichten ledig, war frei für die letzte bedeutende Aufgabe seines Lebens. Er übernahm — Juni 1951 — den Vorsitz des „Bundes für deutsche Friedensarbeit im Grenzland“, den wir kurz „Grenzfriedensbund“ zu nennen uns gewöhnt haben.

Hier ist der Ort, aus der Vorgeschichte des Bundes mitzuteilen, was mir als Mitglied des Kabinetts Lüdemann im Gedächtnis geblieben ist. Es war 1949. Die Verhandlungen über die nachmals so genannte „Kieler Erklärung“, die zur Beruhigung und Festigung der Lage im Grenzland beitragen sollte, schwebten noch. An ihnen war, wie man weiß, außer der Landesregierung der Südschleswigsche Verein (SSV, dänisch SSF) beteiligt. Den Vorsitz führte ein Vertreter der Besatzungsmacht. Um diese Zeit regte Nydahl in einer Kabinettsitzung an, den seit 1948 neu oder wieder gegründeten, nach ihrem Charakter „bürgerlichen“ Grenzverbänden eine Organisation zur Seite zu stellen, die ihren Schwerpunkt in der Arbeit für die schlechtgestellten Bevölkerungskreise zu suchen hätte; denn diese seien der dänischen Propaganda und deren gezielten materiellen Hilfen in besonderem Maße ausgesetzt. Eine Zusammenarbeit mit der Arbeiter-Wohlfahrt biete sich an. Das überzeugte, und Nydahl konnte das weitere getrost in die Hand nehmen; dies um so leichter, als er in der Person des Schulrats Detlef Hansen, Husum, einen Mann von großen organisatorischen Fähigkeiten und ausgebreiteten Personenkenntnissen für die Sache gewonnen hatte, dem als Mann von der Grenze auch das nötige Einfühlungsvermögen eignete.

Über den Vorgang der Gründung des Bundes und seine ersten Schritte habe ich leider nichts ausmachen können. Das früheste mir vorliegende schriftliche Zeugnis ist der an die Mitglieder gerichtete hektografierte „Grenzfriedensbrief Nr. 1“, datiert vom 18. Dezember 1950. Darin wird, nach einem recht ausführlichen grenzpolitischen Resümee, der ganze Fächer der in Angriff genommenen Aufgaben schon ausgebreitet, denen sich der Bund bis heute hingibt. Mehrfach wird, hier wie auch in den folgenden Briefen, Klage darüber geführt, daß die Arbeit des Bundes von einflußreichen Kreisen offen oder versteckt angefeindet und erschwert werde.

Ich kann das aus eigenem Erleben bestätigen. Im Deutschen Grenzausschuß, in dem die Vorsitzenden der (nunmehr vier) Grenzverbände sich abzustimmen suchten, vertrat ich damals den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund. Der Grenzfriedensbund war am Anfang durch Diekmann, nach ihm durch Nydahl vertreten. Den Vorsitz führte, als Vertreter des Deutschen Grenzvereins, der die Arbeit des früheren Wohlfahrts- und Schulvereins wieder aufgenommen hatte, Landrat, danach Ministerpräsident Lübke. Er konnte zwar satzungsgemäß nur für ein Jahr gewählt werden — der Vorsitz sollte jährlich wechseln —, blieb jedoch sitzen. Während Lübke unverblümt sagte, daß er den Grenzfriedensbund für

überflüssig, auch seiner politischen Richtung wegen für unerwünscht halte, hielt sich C. C. Christiansen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, nach seiner Art zurück. Dabei hätte er, dessen 1948 als Wahlgemeinschaft gegründete Organisation sich hernach auf Sozialaufgaben umgestellt hatte, wegen Überschneidung der Arbeitsbereiche am ehesten Bedenken anmelden können. Hier waren in der Tat Absprachen erforderlich, und sie wurden auch getroffen. Daß Nydahl meine Unterstützung hatte, versteht sich von selbst.

Es gelang dem Grenzfriedensbund, die vielfachen Widerstände, die hier nur angedeutet werden konnten, zu überwinden. Die von ihm geleistete Arbeit und dazu Jens Nydahls Überzeugungskraft sicherten ihm bald ein Ansehen, das ihn gleichgewichtig neben die anderen Grenzverbände stellte. Bahnbrechend wurde er durch sein Wirken über die Grenze hinweg, für ein nachbarliches Miteinander von Deutschen und Dänen, für geistigen Austausch und persönliche Begegnungen hinüber und herüber. Hierfür besonders hat sich nach Nydahls Ausscheiden sein Nachfolger Dr. Johannsen mit Eifer und sichtbaren Erfolgen eingesetzt. Hier möge nur an die Flensburger Tage und ihre Entsprechungen nördlich der Grenze gedacht sein. Heute ist der Grenzfriedensbund als vermittelnde Kraft und sind die von ihm herausgegebenen Grenzfriedenshefte als ein Organ, das alle das Grenzland berührenden Fragen aufgreift und darüber hinaus in europäischer Gesinnung der deutsch-dänischen Diskussion offensteht, aus unserem Leben nicht mehr hinwegzudenken.

Um zum Schluß noch einmal auf Pastor Schmidt und seinen Friedensverein zurückzukommen, so ist der Grenzfriedensbund von ihm nicht nur durch den Abstand der sechs Jahrzehnte, nicht nur durch die seither gründlich verwandelte Welt geschieden, vielmehr unterscheiden sich die beiden Vereinigungen auch nach Art und Ziel ihres Wollens. Dieses aber ist geprägt worden durch die Persönlichkeit der beiden Gründer, die so wesensverschieden waren, wie ich zu zeigen versucht habe.

Für die Nation und übernationale Verständigung

Das Nachstehende sind Gedanken zu einem geplanten d+d-Taschenbuch, das sich besonders mit der Stellung der Arbeiterbewegung zur Schleswigfrage befassen wird, die in entscheidender Weise in kritischer Zeit zur Lösung des deutsch-dänischen Konflikts und zur Überwindung der Gegensätze beigetragen hat — wobei das endlich Erreichte im Ringen um das eigene nationale Selbstverständnis in seiner Verbindung mit über die eigene Nation hinausgehenden Zielen und Grundsätzen durchgesetzt wurde.

I

Was allgemein nicht sehr präzise und den Sachverhalt einengend als „die Schleswigfrage“ bezeichnet wird, ist entgegen dem Anschein und der Ansicht vieler nicht eine sehr begrenzte und vom Jahre 1970 her gesehen abseitige, sondern eine sowohl zeitlich als auch räumlich weitreichende und vielschichtige historische Frage. Sie wird sehr schnell von der schleswigschen zur schleswig-holsteinischen, von der schleswigsch-dänischen zur schleswig-holsteinisch-dänischen Frage, und von dieser erweitert sie sich zur dänisch-schleswig-holsteinisch-preußisch-österreichisch-deutschen, und diese wiederum ist einbezogen in die Frage des Gleichgewichts der um ihren territorialen und nationalen (volklichen) Besitzstand miteinander konkurrierenden und um die Hegemonie miteinander ringenden europäischen Staaten.

In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die so umstrittene Frage des politisch-staatlichen Gefüges Schleswig-Holsteins — sowohl seiner Form als auch seiner Eigenständigkeit nach — und seiner mehr oder weniger starken Bindung zum Norden oder Süden und damit verbunden der nationalen (volklichen) und staatlichen Grenze zwischen Deutschland und Dänemark.

Noch weiter kompliziert wird die Schleswigfrage durch die Verquickung ständisch-dynastischer, machtpolitischer, militärisch-strategischer und nationalpolitischer, sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den § 5 des Prager Friedens berufender Anschauungen und Interessen und die handfesten Bemühungen, diese in den verschiedensten Gruppierungen und Allianzen mit oder ohne Gewalt durchzusetzen.

Die Schleswigfrage umschließt also ein sehr verschachteltes historisches Geschehen, das sowohl von dem zeitlichen als auch geographischen und vor allem gesellschaftlich-politischen Standort aus, von dem her es gesehen wird, ein sehr verschiedenes, im Laufe der Geschichte sich wandelndes Gesicht hat.

Schon vor mehr als hundert Jahren soll der englische Premierminister Lord Palmerston gesagt haben, daß nur drei Männer die Zusammenhänge wirklich

kennten, zwei von ihnen seien inzwischen gestorben und er selbst als der dritte habe sie leider vergessen.

Vieles von dem, was um und wegen der Schleswigfrage geschehen ist und weswegen einstmals Armeen gegeneinander marschiert sind, was geht es uns heute, im Jahre 1970, wirklich noch an? Wenig oder gar nichts! Es ist gestorben, dahin! Anderes reicht bis in unsere Tage hinein und hat auch jetzt noch Einfluß auf unser Denken und Handeln. Das trifft vor allem für die Ereignisse zu, die mit dem Werden der Nationalstaaten in Europa Zusammenhängen, mit der Auffassung der Nation als des sich seiner selbst bewußten und sich selbst regierenden ganzen Volkes und der Nation als dem eigentlichen und legitimen Träger des Staates und der Vollendung der Nation im Nationalstaat.

In diesen Zusammenhang hineingestellt, gewinnt die Schleswigfrage Konturen, die sicher einseitig sind, aber die Möglichkeit geben, das Geschehen durchschaubar zu machen. Auch in dieser Begrenzung ist die Historie noch verwirrend genug, weil die Entwicklung durch eineinhalb Jahrhunderte seit der Restauration Mitteleuropas nach dem Sturz Napoleons und dem Wiener Kongreß sich nicht kontinuierlich und in gerader Linie, sondern in Etappen mit dazwischenliegenden Zeiten des Stillstandes oder gar Rückschritten vollzogen hat und in den verschiedenen Zeitabschnitten die gerade ihnen eigenen, nur sie charakterisierenden Aspekte der Schleswigfrage in den Vordergrund rückten und diese Teilfragen als Kern des Ganzen erscheinen ließen.

1830, in der Zeit des Vormärz, sahen die Dinge anders aus als 1848, der Zeit der schleswig-holsteinischen Erhebung und der Paulskirche; die Jahre 1864-1866-1867 und 1870/71 veränderten die politische Landkarte grundlegend und dementsprechend das Gesicht der Schleswigfrage; das Wirken v. Kollers um das Jahr 1900 ist für eine ganze grenzpolitische Epoche zu einem Begriff geworden; der von Deutschland verlorene erste Weltkrieg mit der Volksabstimmung 1920 und der Teilung Schlesiens veränderte die Sachlage wiederum entscheidend; das staatliche Vakuum in Deutschland 1945 ließ die Frage der staatlichen Grenze zwischen Deutschland und Dänemark und das Problem des nationalen Bekenntnisses und seiner Voraussetzungen wiederum relevant werden; die Kieler Erklärung 1949 und die von Bonn und Kopenhagen 1955 waren die Grundlage für die wiederkehrende nationalpolitische Konsolidierung und die Voraussetzung für die einhellige Auffassung, daß die jetzigen Verhältnisse in dem eineinhalb Jahrhunderte hindurch national umstrittenen Raume nicht mehr „ein Seufzer Europas“, sondern ein „europäischer Modellfall“ seien.

Es kommt weiter hinzu, daß es für den Betrachter nicht einerlei ist, ob, wieweit und wo er selbst in das Geschehen einbezogen ist und von welchem zeitlichen, geographischen und gesellschaftlich-politischen Standort aus die Dinge betrachtet

werden. Es ist also nicht einerlei, ob jemand deutsch oder dänisch gesinnt ist, ob er sich als Schleswiger, Schleswig-Holsteiner, Preuße, Deutscher oder als Europäer und Weltbürger fühlt, vielleicht auch nichts von alledem ist und sich geistig im vornationalen Raum bewegt, ganz apolitisch oder naivanimalisch empfindet. Es macht einen Unterschied, ob man die Dinge durch eine konservative, liberale oder sozialistische Brille sieht. Sie haben ein anderes Gesicht in Nordschleswig als in Flensburg; die Kieler Sicht ist nicht die gleiche wie von Berlin aus; von Kopenhagen, Stockholm oder Oslo aus ist der Blickwinkel ein anderer, als wenn man in Paris, London oder gar New York sitzt.

Für den Mann auf der Straße, der durch sein Votum mit darüber entscheiden soll, ob der Flecken Erde, auf dem er zu Hause ist, zu dem einen oder anderen Staat gehören, ob er selbst Deutscher oder Däne ist oder werden will, hat die Frage ein anderes und psychologisch bedeutsameres Gewicht als für den Diplomaten und Staatsmann, der auf höherer Ebene und unter ganz anderen Prämissen in das Für und Wider um Nation und Staat hineingestellt ist.

Wen wundert es da, daß in der Beurteilung des Geschehens und der Stellungnahme des einzelnen nicht der nüchterne Verstand, das politische Kalkül, sondern Emotionen, Hoffen, Glauben und Wünschen eine erhebliche und nicht wegzudenkende Rolle gespielt haben, die Gefühle der Betroffenen, die genauso politische Realitäten sind wie etwa wirtschaftliche und soziale Fakten.

Es ist jetzt genau fünfzig Jahre her, daß durch die Volksabstimmung über das nationale und staatliche Schicksal Schleswigs zu entscheiden war.

In einem Kreise von Deutschen und Dänen in Flensburg, die die Tage des Abstimmungskampfes, die den 14. März 1920 miterlebt hatten, kam die Sprache auf diese Zeit und das Ergebnis der Abstimmung: 1 : 3 für Deutschland. „Es war ein schwerer Schlag für uns, wir haben darob geweint“, bekannte ein damals führender Däne in Erinnerung an diesen Tag. „Und wir, wir haben uns gefreut“, antwortete darauf triumphierend eine deutsche Teilnehmerin an der Gesprächsrunde, und man merkte ihr die Siegesfreude von einst auch jetzt noch an. Das eigentlich Bemerkenswerte und für das Heute Bedeutsame an dieser Episode aber war, daß die ehemaligen „Feinde“ ob dieses Gefühlsausbruches herzlich lachten und bekannten, wie die Welt sich doch gewandelt habe seit jenem Tage.

Aber: Da war sie wieder, die Frage von damals, die alle so erregt und aufgerüttelt hatte, die Frage: Wie hältst du es mit der Nation?

Wer diese Tage und Wochen nicht miterlebt hat, der mag, aus der Entfernung eines halben Jahrhunderts gesehen, mit Recht den Kopf schütteln ob der Aufregung um das Bekenntnis: deutsch oder dänisch.

Die Nation ist uns Heutigen ein suspekter Begriff geworden, nach allem, was wir

an Hybris in ihrem Namen erlebt haben. Die *eine* Nation im *einen* Staat, dieses Ziel ist uns heute sehr ferne gerückt.

Dabei erleben wir in der Gegenwart in weiten Teilen der Welt das Streben nach der Bildung von Nationalstaaten, wie sie vor 150 Jahren bei uns in Europa begann und dazumal genauso emotional und revolutionär aufgeladen war wie gegenwärtig bei den „Nationen im Werden“ (ein Buchtitel aus unseren Tagen). Die Bildung und staatliche Fixierung der Nationen Europas durch die Kriege und Revolutionen des 19. Jahrhunderts war eine unvollständige nach innen und außen, mit einer Vielzahl von ungelösten Spannungen und Zonen der Unzufriedenheit und Unruhe (darunter auch das nördliche Schleswig).

Von der Postulierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und seiner gewaltlosen Anwendung durch Volksabstimmung erhoffte man sich die Verwirklichung eines lange gehegten Wunschbildes: die Beendigung des bislang ungelösten Streites der Nationalstaaten um ihren territorialen Besitzstand und deren nationale Grundlage.

Daß diese Hoffnung eine utopische war, sich inzwischen als eine solche erwiesen hat und die Entwicklung im schleswigschen Raum heute andere Wege geht, die — in Umkehrung des so lange erstrebten Zustandes — auf die Durchlässigkeit und Überwindung der nationalstaatlichen Grenzen hinstreben, ja auf der Einsicht beruhen, daß nationale und staatliche Grenzen sich nie völlig zur Deckung bringen lassen, ändert nichts daran, daß der Nationalstaat eineinhalb Jahrhunderte lang ein erstrebenswertes Ziel gewesen ist und die Schleswigfrage in ihrem Für und Wider aufs engste damit zusammenhängt.

II

Die Frage: Wie hältst du es mit der Nation? ist eine Frage an alle, also auch an die Arbeiter, an den Teil der Nation, der als sozialistische Arbeiterbewegung im Für und Wider, in Leistung und Versagen, gewollt und ungewollt mit dem eigenen Schicksal in das Gesamtschicksal der Nation, des nationalen Staates hineingestellt ist.

Die Arbeiter und die Nation, die Arbeiter und der Staat — der Nationalstaat — was haben sie miteinander zu tun, wie stehen sie zueinander? Darauf sind verschiedene Antworten möglich und im Laufe der Geschichte auch gegeben worden: positive, negative und des Sowohl-als-auch, und manches Wenn und Aber außerdem. Über die richtige Antwort aber hat es unter denen, an die sie gerichtet worden ist, sehr heftigen Streit gegeben — bis zum Vorwurf des Verrats an der gemeinsamen Sache der Arbeiterbewegung. Als mehr oder weniger starke, sich durchkreuzende sich bekämpfende und gegenseitig aufhebende, in den sich wandelnden geschichtlichen Situationen um die Oberhand ringende soziale und politische Strömungen sind die unterschiedlichen Stellungnahmen Ausdruck

verschiedener Grundhaltungen innerhalb der wachsenden und sich formierenden Arbeiterbewegung gewesen. Dabei hat diejenige Auffassung, für die die Nation und der nationale Staat keine absoluten, nicht zu bezweifelnden Größen, sondern historisch gewordene, sinnvolle, zu erhaltende und zu gestaltende menschliche Zusammenschlüsse auch in einer zukunftsorientierten Gesellschaft sind, für die nationale Entscheidung der Arbeiter im deutsch-dänischen Grenzraum eine besondere Bedeutung gehabt und zu der unter Hoffnungen und Enttäuschungen allmählich gefundenen Lösung der Schleswigfrage Wesentliches beigetragen.

Der Nationalstaat als erstrebenswerte, ideale und endgültige politische Gestalt der Nation beruht auf der Fiktion der Zugehörigkeit und Zustimmung aller — der ganzen Nation — zu diesem ihrem Staate. Da die Nation aber keine einfache Summierung einzelner ist, sondern ein sehr kompliziertes und differenziertes historisch gewordenen gesellschaftliches Gebilde von menschlichen Beziehungen der verschiedensten Art und Intensität — von den ursprünglichsten Äußerungen menschlichen Zusammenlebens über sehr reale wirtschaftliche, soziale und politische Verflechtungen und Abhängigkeiten bis zu den subtilsten sprachlich-kulturell-geistigen — sind diese — die gesellschaftlich-kulturellen Strukturen der Nation (u. a. auch die Arbeiterbewegung) — für das Schicksal der Nation von eminenter Bedeutung.

Dem Streben nach dem die *ganze* Nation repräsentierenden Staat — sowohl territorial als auch sozial — läuft, historisch etwa gleichzeitig, das Ideal aufhebend und das Erstrebte durchkreuzend, die reale Entwicklung entgegen. Dem Ziel des *einen* Staates aller Deutschen „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“, dem das *ganze* Volk umfassenden, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichenden fortschrittlichen nationalen Staat — im Gegensatz zum absolutistisch-feudalistisch-ständischen rückständigen Kleinstaaten-Konglomerat — steht die Herausbildung einer neuen, anderen gesellschaftlichen Gliederung und Aufspaltung entgegen: die Entwicklung zur modernen, kapitalistischen Industriegesellschaft mit ihrer Klassenspaltung, mit den Arbeitern als einer neuen sozialen, politisch radikalen Gruppe mit der Forderung auf Gleichberechtigung im nationalen, im „freien Volksstaate“.

Die revolutionäre Einheits- und Freiheitsbewegung der 1848er Zeit war noch eine Sache der ganzen Nation, mit Einschluß der frühen Arbeiterbewegung. Das Scheitern der Paulskirchen-Bestrebungen, das Mißlingen der Aufrichtung des Reiches aller Deutschen — einschließlich Schleswig-Holsteins — aus dem Willen aller Deutschen mit den nachfolgenden Jahren der Reaktion und Restauration — mit dem Streit um die Schuld an dem Scheitern der Nationalstaatsbewegung — beschleunigten in den sie tragenden Schichten den sozialen und politischen Spaltungs- und Polarisierungsprozeß, der in der Stellungnahme zu dem dann von Bismarck durch „Blut und Eisen“ geschaffenen Kleindeutschland als einem

Deutschen Reich ohne die Deutschen Österreichs, aber unter Einbeziehung von Gebieten mit sich nicht zur deutschen Nation dazugehörig fühlenden Volksteilen (Elsaß-Lothringen, Posen, Nordschleswig) seinen Ausdruck fand.

Während das neu geschaffene zweite deutsche Kaiserreich sich zum monarchistisch-konservativ-kapitalistischen, die Verkörperung der Nation für sich allein beanspruchenden Staat des Bürgertums entwickelte, blieben die Arbeiter als „vaterlandslose Gesellen“, als unter Ausnahmegesetzen stehende radikale politisch-soziale Bewegung, als national unzuverlässig und nicht dazugehörig „draußen vor der Tür“. Die soziale Aufspaltung und Polarisierung wurde zu einer nationalen. Die Arbeiterbewegung war nicht mehr nur eine soziale Gruppierung unter anderen in der alle umschließenden und verbindenden Nation, unter dem gemeinsamen Dache eines nationalen Staates, sondern sie wurde beiseitegedrängt und stellte sich trotzig abseits. Als verfehlt und nicht erwünscht zog sie aus der eigenen sozialen und nationalen Situation ihre Schlußfolgerungen, ging auf Distanz zur „offiziellen“ Nation und ihrem Staat, gehörte nicht dazu — und war doch antithetisch an das Bestehende gekoppelt wie die Kehrseite einer Medaille. Mit dem Bilde einer künftigen europäischen oder gar menschheitlichen Ordnung mit einem neuen und besseren Deutschland als dem Kernstück und der Arbeiterbewegung als der Avantgarde auf dem Wege dorthin. Im Spiegel dieses Wollens als dem möglichen Ansatzpunkt eines eigenen und selbstständigen, zukunftsorientierten Nationalbewußtseins — in Rückgriff und Rückbesinnung auf die Ideale und Forderungen der 1848er Bewegung — gewinnt die Schleswigfrage ihr eigenes Gesicht, und umgekehrt spiegelt sich in der Stellungnahme der Arbeiterbewegung zur Schleswigfrage das Ringen um das eigene nationale Selbstverständnis.

Von hier aus gesehen hat auch die Abstimmungszeit 1920 mit ihrem Ringen um die richtige nationale Entscheidung ihre besondere Bedeutung.

VATERLANDSLOSE GESELLEN?

Das Wort von den „vaterlandslosen“ Gesellen wurde seit dem Deutsch-Französischen Kriege, seit der Gründung des Bismarck-Reiches als Schlagwort gegen die deutschen Arbeiter benutzt. Es bedeutet ungefähr soviel wie „Reichsfeinde“, mit denen die Arbeiter ja oft genug im Bunde zu stehen schienen.

Das Wort von der Vaterlandslosigkeit war nicht unbegründet, aber sicher war es falsch, den Arbeitern daraus einen Vorwurf zu machen. Denn das Vaterland der Grundbesitzer und Unternehmer, der Kleinbürger und Pickelhaubenpolizisten war nicht das Vaterland der

Arbeiter, und es wollte wohl auch gar nicht ihr Vaterland sein. Immer wieder wurden die Arbeiter zurückgestoßen, wo sie den schüchternen Versuch machten, sich zu verhalten, als gäbe es ein Vaterland für sie. „Nur Blinde können hier die Wirklichkeit des Klassenkampfes bestreiten, nur Heuchler verkennen, auf welcher Seite der Staat samt allen seinen Machtmitteln zu finden war“, schreibt Golo Mann in seiner Deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Trotzdem kannten Arbeiter ein Vaterland ...

Das Vaterland des Arbeiters war die Republik, die res publica im klassischen Sinne, ohne die Beimischung eines bramarbasierenden Nationalismus. Das Vaterland des Arbeiters war die Republik als „Gemeinwesen“, in gewissem Sinne als „Wohlfahrtsstaat“, obwohl dieses Wort dem vorigen Jahrhundert fremd war ...

Sofern die Bucharbeiter während der 48er Revolution das Bild eines Staates entwerfen konnten, den sie als „Vaterland“ ansehen würden, trug er immer wieder Züge eines Gemeinwesens, das den Gedanken der Sorgepflicht mit dem Ständestaat und den Gedanken der Rechtsgleichheit mit dem Liberalismus gemein hatte.

Entnommen aus: Gerhard Beier „Schwarze Kunst und Klassenkampf“, der Geschichte der graphischen Gewerkschaften.

„Man mußte damals erkennen, daß für die Zukunft das außenpolitische Verhalten der Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung sein werde. Abgesehen von dem numerischen Gewicht, das der Arbeiterschaft bei der Abstimmung zufallen würde, gab es keine Parteileitung, die zum Ausland so wirksame Beziehungen besaß wie die ihre. Die konservativen und machtpolitischen Elemente aller Staaten sind sich von Natur aus feind, und nur gemeinsame Feindschaft kann sie vorübergehend zu Gruppen einigen. Die Sozialdemokratie aber wird durch ihre Tendenzen zu Maßnahmen der Verständigung, der Versöhnung, der Verbrüderung gedrängt. Deutschland brauchte vor allem freundschaftliche Beziehungen zum Ausland und also auch zu Dänemark. Gleichzeitig mußte man angesichts der kommenden Friedensbedingungen die Einigkeit im eigenen deutschen Lager herstellen...“

Eduard Thorn „Die erste Teilung Schleswigs 1918–1920“, S. 65

JOHANN OHRTMANN

So fern liegt das alles ...

Erinnerungen eines Deutschen an die Volksabstimmung 1920

Fünfzig Jahre ist es her, und es scheinen fünfhundert Jahre zu sein, so fern liegt das alles. Wie dumpf riecht das holzige Papier der Flugschriften von damals, aus der frühen Nachkriegszeit nach dem ersten Weltkrieg! Haben wir damals wirklich so gedacht, so voll überzeugt von historischen, völkerrechtlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Argumenten, die sich in der Folge zum Teil als Irrtümer, als falsch angewandt, immer jedoch als überhaupt nicht ausschlaggebend erwiesen haben? Erinnerungen tauchen nur mühsam auf. Da lag in Flensburg in den Buchhandlungen am Holm und in der Rathausstraße ein Buch aus mit dem Titel „Im Felde unbesiegt“. Es enthielt eine Anthologie deutscher Dichtung, die im Felde zu besiegen wohl niemand die Absicht gehabt hatte. Aber daß man einen solchen Buchtitel als zugkräftig angesehen hatte, verriet etwas von der damaligen Mentalität des Durchschnittsbürgers. Auf seinem Bildungsgang und dann durch die Kriegspropaganda hatte dieser als unumstößliche Gewißheit erfahren, daß seit über hundert Jahren die Deutschen — und wenn es manchmal auch nur die Preußen waren — in jedem Krieg Sieger zu sein hatten. Und so konnte es doch gar nicht wahr sein, daß wir den Weltkrieg verloren hatten und nun dem Siegerwillen ausgeliefert waren. Und wenn schon — dann mußte es irgendwie nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Die „Dolchstoßlegende“ wagte sich noch nicht ganz offen hervor, aber der damalige, noch ganz im Vorkriegsdenken verhaftete deutsche Bürger hatte den eben verlorenen Weltkrieg noch in keiner

Weise innerlich bewältigt. Auf diesem Hintergrund muß man die erste Phase des Abstimmungskampfes zu verstehen versuchen.

Zuerst formierte sich der „Deutsche Ausschuß“. Es fanden sich in ihm vorwiegend die Honoratioren zusammen, die durch ihre bisherige unkluge Politik das Dänentum im nördlichen Schleswig erst so recht zusammengeschweißt hatten. Zur Hauptsache wandte er sich gegen die im Vertrag zu Versailles festgelegte Bestimmung, daß in der ersten Abstimmungszone en bloc abgestimmt werden sollte.

Hier muß für die Generationen, welche die Abstimmungszeit nicht bewußt miterlebt haben, etwas erläutert werden:

Die Abstimmung war in zwei Zonen vorgesehen. Die erste, nördlichere, war im Süden begrenzt durch eine Linie, die etwa der heutigen Grenze entspricht. Die „En-bloc-Abstimmung“ bedeutete, daß das Ergebnis in diesem Gebiet für das *gesamte* Gebiet Gültigkeit haben sollte. Die zweite Zone war begrenzt durch eine Linie, deren südlichste Punkte die Gemeinden Ringsberg, Frörup, Joldelund und Fahretoft bildeten. Außerdem umfaßte diese Zone die Inseln Sylt, Föhr und Amrum. Hier sollte das *gemeindeweise* Ergebnis Gültigkeit haben. (Ursprünglich war noch eine dritte, südlichere Zone vorgesehen, die aber bald aufgegeben wurde, da an dem — deutschen — Ergebnis kein Zweifel bestanden hätte.)

Nach den Stimmenzahlen früherer Wahlen zum Reichstag und zur Nationalversammlung ließ sich leicht ausrechnen, daß die Mehrheit in der ersten Zone für *Dänemark* stimmen würde. Der „Deutsche Ausschuß“ forderte nun, daß in *ganz* Schleswig, nicht nur in der ersten Zone, en bloc abgestimmt werden sollte, wobei dann ebenso eindeutig ein für *Deutschland* positives Ergebnis herausgekommen wäre. Als keine Aussicht mehr bestand, daß die Siegermächte auf eine solche Forderung eingehen würden, propagierte der „Deutsche Ausschuß“ für die erste Zone Stimmenthaltung und widerrief diese Parole erst kurz vor der Abstimmung, durch welche unkluge Taktik das Abstimmungsergebnis für Deutschland bestimmt nicht verbessert wurde.

Inzwischen war in Flensburg die vorgesehene Internationale Kommission zur Überwachung der Abstimmung eingezogen und hatte im „Flensburger Hof“ (der jetzigen Polizei-Direktion an den Norderhofenden) Quartier bezogen. Die „Commission Internationale de Slesvig“ bestand aus einem britischen, einem französischen sowie einem norwegischen und einem schwedischen Vertreter. Damit entstand im Gebiet zwischen der Königsau und der südlichen Grenze des Abstimmungsgebietes ein zeitlich begrenztes staatliches „Gebilde“ unter der Oberherrschaft der genannten Kommission (abgekürzt CIS genannt) mit eigener Polizei, eigenen Briefmarken und einer bewachten Grenze, die ohne Ausweis nicht überschritten werden durfte. Auf dem Dach des Hotels „Flensburger Hof“ wehten die Flaggen der beteiligten vier Mächte, doch waren eines Morgens der Union Jack

und die Trikolore verschwanden. Viel später ist von mehreren Personen unabhängig voneinander behauptet worden, sie hätten die beiden Flaggen heruntergeholt. Der wirkliche Täter ist m. W. nie bekannt geworden.

Entscheidend für die zweite Zone mußte das Ergebnis in der Stadt Flensburg werden, und dieses war wiederum abhängig von der Haltung der organisierten Arbeiterschaft. Die Einstellung dieser zahlenmäßig entscheidenden Gruppe war nicht von Anfang an ganz klar. Es gab Resolutionen, die ein deutliches Hinneigen zur deutschen Seite zeigten, und es gab auch eine, nach der es nicht Angelegenheit der SPD-Organisationen sein sollte, in der nationalen Frage einzugreifen. Die Aufgabe der Sozialdemokraten sei es, in das sozialistische Denken einzuführen — ganz gleich, ob das in dänischer oder deutscher Sprache geschehe. Kompliziert wurde das alles noch dadurch, daß die Sozialdemokraten zu dieser Zeit in zwei Lager gespalten waren, daß es neben der SPD noch die USPD (Unabhängige sozialistische Partei Deutschlands) gab. Kommunisten spielten allerdings in unserem Gebiet zahlenmäßig keine Rolle, obwohl sie in manchen Versammlungen als Diskussionsredner wortgewaltig auftraten.

Erst mit dem zielbewußten Eingreifen der organisierten Arbeiterschaft in den Abstimmungskampf kam so etwas wie ein erfolgversprechender politischer Stil in die Auseinandersetzung. Es sind neben Eduard Adler, dem Beigeordneten bei der Regierung in Schleswig, und Peter Michelsen, dem Flensburger Nationalversammlungs- und Reichstagsabgeordneten, vor allem zwei Persönlichkeiten gewesen, die damals das Gros der Arbeiterschaft ins deutsche Lager lenkten bzw. es darin festhielten. Der eine ist *Friedrich Bauer*, damals Arbeitersekretär in Flensburg. Er brachte die Argumentation bei dem Für und Wider aus der unfruchtbaren Ebene historischer und emotionaler Argumente — die überdies dem Arbeiter schwer eingingen — heraus und gründete die Diskussion auf ein allgemeinverständliches Prinzip: das Selbstbestimmungsrecht. Deutschland hatte bei Kriegsende die Wilsonschen 14 Punkte anerkannt, und damit war das Selbstbestimmungsrecht im öffentlichen Gespräch. Bauer konnte darauf hinweisen, daß sich die Sozialdemokratie seit eh und je zu diesem Prinzip bekannt hatte. Die Berufung auf eine von der organisierten Arbeiterschaft stets vertretene Forderung wirkte überzeugender als alle anderen Argumente, zumal aus ihr auch ein Minderheitenrecht für die Zeit nach der Abstimmung abgeleitet wurde. Bauer war es auch, der die Organisation der Arbeiterschaft immer wieder beeinflusste, im deutschen Sinne tätig zu sein. Die größte Unterstützung fand er dabei bei dem Sozialdemokraten *Adolf Köster* (K. war später deutscher Botschafter in Belgrad), der von der Reichsregierung am 1. Mai 1919 als Staatskommissar für die Zeit der Abstimmung eingesetzt wurde und von seinem Amtssitz in Schleswig und ab Januar 1920 als deutscher Bevollmächtigter bei der Internationalen Kommission vom Museum in Flensburg aus in durchaus

unbürokratischer Weise u. a. auch die finanziellen Voraussetzungen für den Abstimmungskampf schuf.

Die erste Zone stimmte am 10. Februar 1920 überwiegend (etwa 75 %) dänisch, starke deutsche Minderheiten blieben in Tondern und Hoyer sowie in Sonderburg und Apenrade, ebenso in den Gemeinden nördlich der Trennungslinie zwischen der ersten und zweiten Zone bis nach Tingleff und Lügumkloster hinauf.

Für die Abstimmung in der zweiten Zone war das Ergebnis in der Stadt Flensburg entscheidend. An Flensburg schieden sich auch die dänischen Politiker. Neben denjenigen, welche die Grenze so weit südlich wie möglich gezogen haben wollten, gab es eine Gruppe, die es als politisch unklug ansah, eine große deutsche Minderheit in die Grenzen des dänischen Staates hineinzuziehen. Über diese Frage stürzte in Kopenhagen ein Ministerium. Dem Wortführer der gemäßigten Gruppe, *H. P. Hanssen*, unbestritten die markanteste Persönlichkeit des nordschleswigschen Dänentums in der preußischen Zeit, wurde seine Stellungnahme von weiten Kreisen Dänemarks verübelt, und bei den späteren Wiedervereinigungsfeiern wurde er in kränkender Weise geschnitten.

Die dänische Propaganda in Flensburg wurde von diesem Zwiespalt kaum berührt. Noch sehe ich an fensterlosen Häuserwänden das überlebensgroß gemalte Kind mit der manchmal deutschen, manchmal auch dänischen Inschrift „Mutter, denk an mich, stimm dänisch!“ Überall hingen Flaggen, wobei im Norden der Stadt oft das Rot-Weiß des Danebrog überwog. Von deutscher Seite wurde meistens die blau-weiß-rote schleswig-holsteinische Flagge ausgehängt. Sie sollte wohl nur in Einzelfällen schleswig-holsteinisches Stammesbewußtsein, sondern allgemein das Bekenntnis zum Deutschen Reich ausdrücken. Die republikanischen Farben Schwarz-Rot-Gold sah man nur an wenigen Stellen, sie waren als die neuen Farben der Republik noch kaum in das allgemeine Bewußtsein gedrungen und als Nationalflagge akzeptiert worden. Ich erinnere mich auch, wie nach einer Versammlung eine große Menschenmenge die Toosbüystraße hinunterzog und dabei die nun doch wirklich nicht mehr aktuelle „Wacht am Rhein“ sang. Um den sich erhitzenden Abstimmungskampf zu dämpfen — in einem Dorfe westlich von Flensburg war es im Anschluß an eine Versammlung zu einem Krawall gekommen — verbot die Internationale Kommission das Zeigen von Nationalflaggen, hob dann aber das Verbot kurz vor dem Abstimmungstag wieder auf. Findige Leute behelfen sich inzwischen mit weißen Papierbögen, auf denen die Worte „schwarz“, „weiß“ und „rot“ gedruckt waren. Im Schaufenster eines Schlachters sah ich einen riesigen Schinken mit der kunstvoll in Schweineschmalz hergestellten Inschrift „Stimmt deutsch!“ Unterdes war auch die Inflation weiter fortgeschritten, manche Gemeinden stellten Notgeld her mit Motiven zur Abstimmung, die Stadt Flensburg einen Schein, auf dem eine Art Tauziehen zu sehen war mit der Überschrift „Jungs holt fast!“

Den Höhepunkt erreichte der Abstimmungskampf durch einen deutschen und einen dänischen Demonstrationzug kurz vor dem Abstimmungstag, bei dem es glücklicherweise nicht zu Zwischenfällen kam — ein gutes Zeugnis für den ruhigen Sinn der Flensburger Bürger. Nach dem Bild dieser Umzüge schätzte man den Anteil der dänischen Stimmen auf deutscher Seite auf 25%, auf dänischer Seite auf etwa 35%). Nicht klar zu schätzen war die Stimmabgabe der von auswärts anreisenden Stimmberechtigten. Abstimmungsberechtigt waren nämlich auch Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren waren und ihren Wohnsitz jetzt außerhalb desselben hatten. Ihre Anreise war gut organisiert. Auf den größeren Bahnhöfen vor der Abstimmungsgrenze wurde Verpflegung ausgegeben, für Unterkunft in den Abstimmungsgemeinden war gesorgt. Es geschah jedoch auch, daß ein anreisender Landsmann die Unterkunft bei Verwandten vorzog, und so geschah es in manchen Fällen, daß Verwandte am 10. Februar bzw. am 14. März einträchtig zum Stimmlokal gingen — der eine mit einem blau-weiß-roten Abzeichen, der andere mit einem Danebrog im Knopfloch. Am Tage vor der Abstimmung stand uns allerdings noch eine böse Überraschung bevor. Damals stand ich am alten Bahnhof (dem jetzigen ZOB), um Anreisende, die einen weiten Weg hatten oder gehbehindert waren, in bereitgestellte Autos einzuweisen.

Als ich am frühen Nachmittag Rektor Karl Schenck (Vater des späteren schleswig-holsteinischen Finanzministers Dr. Richard Schenck) ablöste, schien er sehr bedrückt. Reisende aus dem Reich hatten ihm erzählt, daß in Deutschland ein Putsch stattgefunden hätte. Ein bis dahin unbekannter Herr Kapp sollte mit einigen hohen Militärs in Berlin die Macht an sich gerissen und sich selber zum Reichskanzler ernannt haben. Die bisherige Reichsregierung wäre geflüchtet.

Das war allerdings deprimierend. Wenn auch angenommen werden konnte, daß die reaktionär-konservativen Kreise von dieser Nachricht — die sie vielleicht sogar begrüßten — in ihrer Stimmabgabe nicht beeinflusst würden, so mußte sich diese Nachricht auf die demokratischen und besonders die sozialdemokratischen Kreise, auf die es am nächsten Tage gerade ankam, verheerend auswirken. Konnte man der Arbeiterschaft, der wir eingepreßt hatten, daß sie in einem erneuerten Deutschland am Aufbau einer sozialen Demokratie mitwirken mußte, zumuten, für ein reaktionäres und von Putschisten beherrschtes Deutschland zu stimmen?

Das Zusammentreffen des Kapp-Putsches mit der Abstimmung in Flensburg und der übrigen zweiten Zone war wohl rein zufällig — es hieße das nationale Verantwortungsbewußtsein der Herren Kapp, Lüttwitz, Ehrhardt und Ludendorff überschätzen, wenn sie sich wegen einer solchen „Kleinigkeit“ hätten Gedanken machen sollen. Merkwürdigerweise scheint sich die Nachricht vom Kapp-Putsch auf die Abstimmung kaum ausgewirkt zu haben. Wahrscheinlich drang sie den Flensburgern gar nicht so recht ins Bewußtsein. Tageszeitungen konnten vor der

Abstimmung nicht mehr erscheinen. Von dänischer Seite wurde ein Extrablatt herausgebracht, das deutscherseits wohl nur als ein plumper Trick angesehen wurde. Im übrigen bewirkte die Abtrennung vom großen Deutschland, daß die Flensburger Bevölkerung, anders als etwa die Schleswiger oder die Kieler, an der Bekämpfung des Putsches, der nach fünf Tagen zusammenbrach, kaum beteiligt war. Dafür wurde aber auch der Ausgang der Abstimmung in Deutschland wenig bekannt, in den Tagen hatte der Putsch und seine Bekämpfung das politische Interesse vollkommen absorbiert.

Schon am Abend des 14. März — es war ein Sonntag — wurde das Ergebnis für Flensburg bekannt. Dreiviertel der Flensburger hatten für Deutschland gestimmt. Alle Kirchenglocken läuteten, und in den Hauptstraßen wogte eine große und froh gestimmte Menschenmenge. Ähnlich war auch das Ergebnis im übrigen Teil der zweiten Zone, lediglich in einigen Gemeinden an der nördlichen Zonengrenze und auf den Inseln hatte es eine knappe dänische Mehrheit gegeben.

Das Ergebnis war also eindeutig: Die zweite Zone mußte bei Deutschland verbleiben und die erste zu Dänemark kommen. Von deutscher Seite wurde als Härte empfunden, daß eine viel größere deutsche Minderheit in den dänischen Staat einbezogen wurde, als eine dänische in Deutschland verblieb. Man brachte von deutscher Seite die sog. Tiedje-Linie ins Gespräch, nach der Tondern, Hoyer und das Gebiet um Tingleff bei Deutschland bleiben sollte — ohne jeden Erfolg, so wie auch das Bestreben dänischer Kreise, durch Intervention bei den Siegermächten Flensburg doch noch auf die dänische Seite zu bringen, erfolglos blieb.

Die endgültige Grenzziehung folgte bis auf geringfügige Abweichungen der Trennungslinie zwischen der ersten und der zweiten Zone, der sog. Clausen-Linie. Das Bestreben, sie als dauerhaft anzusehen, war zwischen den Weltkriegen am größten auf der dänischen, nach 1945 auf der deutschen Seite.

Heute sind auf beiden Seiten der Grenze die Verhältnisse der Minderheiten so gut geregelt, daß sie als Vorbild für eine „gute“ Grenze dargestellt werden können. Wie es dazu gekommen ist, trotz der verbrecherischen Politik des nationalsozialistischen Deutschlands, das wäre ein neues Kapitel. Nur soviel soll gesagt werden, daß schon bald nach der Abstimmung sich ein kleiner Kreis von Deutschen und Dänen zusammenfand in dem Bestreben, den Graben, der sich zwischen den beiden Völkern aufgetan hatte, zu überbrücken.

Fünfzig Jahre sind im Menschenleben eine lange Zeit, in der Geschichte eine kurze Spanne. Und doch hat sich in dieser Spanne das politische und kulturelle Gesicht unserer Welt stärker gewandelt als jemals vorher in einem halben Jahrhundert. Wir sind in der Zeit wahrscheinlich nicht viel glücklicher geworden, vielleicht nur ein ganz klein wenig klüger, bestimmt aber im Rückblick auf die Abstimmungszeit viel objektiver. Wir können Fakten ohne weiteres zur Kenntnis

nehmen, gegen die sich damals unser Bewußtsein sperrte, kleinere und größere Einzelheiten. Daß z. B. das französische Mitglied der internationalen Kommission, *Paul Claudel*, durchaus nicht deutschfreundlich eingestellt, ein großer französischer Dichter war.¹ Besonders übel nahmen wir damals, daß einzelne prononcierte Sozialdemokraten — ich denke dabei an Waldemar Sörensen, der von der Internationalen Kommission als Polizeichef eingesetzt war — plötzlich ihre dänische Einstellung entdeckten. So plötzlich war das wahrscheinlich gar nicht. Sie hatten es in einer Zeit, in der eine Grenzveränderung außerhalb des Möglichen zu liegen schien, vorgezogen, für die Interessen ihrer Klasse zu arbeiten, und das änderte sich, als eine Verlegung der Grenze möglich wurde. —

Honoriert worden ist der Flensburger Arbeiterschaft das Eintreten für das Verbleiben in Deutschland von den deutschen nationalen Kreisen nicht. Noch dreizehn Jahre später galten sie als „vaterlandslose Gesellen“, und sowohl Friedrich Bauer als auch Max Funke, der derzeitige Vorsitzende des Flensburger Ortsvereins der SPD, mußten mit vielen andern Bekanntschaft mit den nazistischen Konzentrationslagern machen. Wahrscheinlich ist das eine der Ursachen, daß man sich in Flensburg kurz nach 1945 anders verhielt als im Jahre 1920.

1 Claudel war später französischer Botschafter in Tokio

Der Kapp-Putsch ist da ...

Die vorstehend wiedergegebene Episode wird geschildert in den ursprünglich auf Band gesprochenen und stilistisch nicht veränderten Kapp-Putsch-Erinnerungen Karl Meitmanns, des damaligen Sekretärs von Dr. Köster, die im Grenzfriedensheft 3/1963 erstmals veröffentlicht werden konnten.

Und nun kommt also der 13. März. Morgens um 9 Uhr — ich war der Sekretär dort oben in der Kunstgewerbeschule in Flensburg, August und Hermann saßen in Schleswig noch in dem Regierungsgebäude und kontrollierten den Apparat. Da kriegte ich einen Anruf — wir hatten eine direkte Leitung als Staatskommissariat zum Auswärtigen Amt in Berlin — da kriegten wir einen Anruf von dem Staatssekretär Haniel, ob mein Chef, Dr. Köster, da sei. Köster war eingesetzt als preußischer Staatskommissar und deutscher Bevollmächtigter bei der CIS, der Commission Internationale Slesvig. Ich sagte: „Nein.“ — „Aber ich muß ihn dringend sprechen.“ Ich sagte: „Ja, ich weiß nicht, ob er kommt. Ich muß schnell nach seiner Wohnung, ob ich ihn erreiche. Er ist viel unterwegs.“

Haniel informierte mich: „Die Regierung ist geflohen! Ist auf dem Wege nach Dresden. In Berlin gibt es keine Exekutive mehr. Die deutsche Regierung und die preußische Regierung sind also auf der Wanderung. Was werden wird, weiß ich nicht, aber bitte, sagen Sie Herrn Dr. Köster, daß ich und die Beamten des Auswärtigen Amtes überzeugt sind, daß das eine Fehlrechnung der Putschisten ist.“ Er sagt: „Der Generallandschaftsdirektor Kapp ist das Aushängeschild. Dahinter stehen Herr Lüttwitz und Herr Ludendorff und diese Leute, die Militärs. Und wir geben dieser Sache gar keine Chance und haben dieser Regierung — sagen Sie das bitte Dr. Köster — als Beamte des Auswärtigen Amtes den Dienst verweigert. Wir halten an der Weimarer Verfassung und an der Reichsregierung Ebert—Bauer fest.“

Das war mir nun natürlich Anlaß genug, sofort in meine Joppe zu schlüpfen — ich hatte so eine braune, verschlissene Joppe —, August, du kennst sie sicher noch —, die war aus einer alten Woldecke gemacht. Wir bekamen nicht so viel, wie wir eigentlich hätten haben dürfen, um uns einigermaßen auszustaffieren. Wir hatten, glaube ich, dreihundert Mark oder sowas — egal, aber was spielte das für eine Rolle. Und dann ging ich hin zu Köster. In meiner Aufregung habe ich nicht erst gewartet, ob er „Herein!“ sagte. Ich klopfte an und hinein! Da war er gerade aufgestanden, und seine Frau war gerade dabei, sich zu waschen.

Köster: „Aber, Meitmann, du mußt doch warten, bis ich Herein! sage. Meine Frau...“ — „Ja, ja, ja“, sagte ich, „aber wissen Sie, da müssen Sie entschuldigen, ich habe die Mitteilung, die Mitteilung, da ist, ich hab's vergessen, also bitte ...“ —

„Ja, was ist denn los?“ Ich sage: „Ja, soundso.“ — „Mein Gott“, sagt er, „was nun?“ Ich sage: „Da gibt’s gar kein Was nun, Doktor. Jetzt wird gekämpft! Wir haben für eine schlechte Sache vier Jahre lang unser Leben hergeben müssen. Dies ist unsere Sache, und wir müssen es ihnen zeigen!“ — „Ja, aber Sie können doch nicht weg“, sagte er. (Die Abstimmung in der 2. Zone sollte am 14. März stattfinden!) Ich sagte: „Ich fahre nach Schleswig. Da sind meine Freunde. Da ist Eduard Adler und da werden wir anfangen zu organisieren.“ — „Ja, und am 14. ist doch die Abstimmung. Ich brauche sie doch. All die vielen Leute! Wir haben siebzig Journalisten und alles mögliche da oben.“ Ich sagte: „Tut mir leid, Doktor. Es nützt ja alles nichts. Was nützt uns die ganze Abstimmung, wenn dieser Kampf um die Republik verlorengeht. Und er wird entschieden, jetzt mit Gewalt. Sie sind doch mit Gewalt angetreten.“ — „Na, schön, na ja, dann kann ich es nicht ändern.“

Nach dem Gespräch ist Meitmann mit einer Vollmacht Kösters sofort nach Schleswig gefahren, um von da aus den Widerstand gegen die Kappisten zu organisieren. Wenn der Kapp-Putsch auf das Abstimmungsergebnis des 14. März keinen größeren Einfluß erlangte, ist das einem Aufruf der Flensburger Sozialdemokratie zu verdanken. Fest steht aber, daß viele Abstimmungsberechtigte an der Reise nach Flensburg gehindert wurden. 8000 waren es nach der Schätzung Meitmanns.

Erinnerungen an große Tage in kleinem Land

In Eduard Thorns noch unter dem unmittelbaren Erleben der Abstimmungszeit geschriebenen Schilderung der Ereignisse und Menschen dieser aufregenden Zeit „Die erste Teilung Schlesiens 1918—1920“ wird der Verfasser der nachstehenden Erinnerungen, zunächst für den „Deutschen Volkskalender für Nordschleswig 1970“ geschrieben, wie folgt charakterisiert: „...der Student Fritz Gottfriedsen, wildes Temperament; wenn er sprach, klappte sein Mund dunkel auf, und das ganze Gesicht geriet in Raserei, als galoppierten Pferde darüber hin.“ Auch unsere Leser dürfte lebhaft interessieren, wie sich diese Zeit in den Erinnerungen des heutigen Pröpsten spiegelt.

Wenn wir von der „Erinnerung an große Tage in kleinem Land“ sprechen, dann denken wir dabei an das kleine Land zwischen Nord- und Ostsee, Königsau und Eider. Dieses Land, das als solches, eines der beiden Herzogtümer auf der cimbrischen Halbinsel, von Norden und Süden umworben, begehrt, ja umkämpft worden ist, hat im Laufe seiner recht schwierigen und wechselvollen Geschichte bestimmt eine Vielzahl an großen Tagen, an welche Erinnerung sich knüpfen kann. Große Tage, die in der geschichtlichen Erinnerung lebendig geblieben sind, können aus den Jahren 1848 — 1864 — 1866, aus viel früheren Jahrhunderten und auch aus späteren Jahren genannt werden. In solcher Erinnerung wurden und werden Gedenktage froher und ernster Art als Sieges- oder Mahntage begangen. Hier aber handelt es sich um eine Erinnerung der Art, daß einer zum anderen sagen könnte: „Weißt du noch?“

Wenn ich von solcher persönlichen Erinnerung im Zusammenhang mit unserer schleswigschen oder nordschleswigschen Heimat reden dürfte, dann begänne es über Kindheitserinnerungen an das Elternhaus und das heimatliche Dorf hinaus mit dem ersten von mir als Knaben und Zuschauer auf Fjellumhøj (Nustrup) bewußt miterlebten Kaisermanöver um die Jahrhundertwende. Dann ginge es weiter über große Tage in der Schulzeit, erlebt in dem alten Gymnasium in der Goskærstraße, über dessen Eingangstür die Worte: „patriae et literis“ („Dem Vaterland und den Wissenschaften“) grüßten. Uns sagte diese Inschrift, daß neben der abverlangten ernstlichen Hingabe an das Studium der Wissenschaften die Zugehörigkeit zu dem größeren Vaterland stände. Das war uns eine Selbstverständlichkeit, die wir in vieler Hinsicht unbeschwerte Schülerjahre in unserem Hadersleben verbrachten. Erinnert ihr, Adolf, Jens, Fritz, Niels, Rudi, Anders und ihr anderen alle — ach, die meisten sind ja schon nicht mehr unter uns Lebenden hier! — erinnert ihr heute Lebenden euch der Lieder, die wir in froher Laune halb scherzend und halb ernst sangen? Da waren das „Primanerlied“

mit seinem übermütigen Inhalt und das „Hadersiebener Schülerlied“, das vielleicht nicht von allen, welche die rote Mütze trugen, bejahend, geschweige denn begeistert mitgesungen werden konnte.

Aber welcher Gesinnung wir immer waren, uns alle aus „Deutschlands Norden“ verband irgendwie die plattdänische Sprache, von Kindheit an gehört und auch gesprochen. Das zeigte sich manchmal, wenn wir, vom Vaterland gerufen, draußen im Felde Landsleute trafen und einige Worte in der Sprache der nordschleswigschen Heimat wechseln konnten. Ähnliches mag manchem erinnerlich sein von Urlaubsreisen von der Front her. Es waren ja große Tage, wenn es für ein paar Wochen in die Heimat ging, wenn man als Urlauber — einerlei ob vom Westen, vom Osten oder vom Balkan kommend — durch das weite deutsche Vaterland reisen, die grünen Wälder und die gepflegten Ortschaften sehen konnte. Aber so richtig heimatlich wurde es uns doch erst zumute, wenn der Zug durch die Gegend nördlich Hamburgs fuhr, und wenn man dann vielleicht noch hörte, wie im Nebenabteil in unserer heimatlichen Umgangssprache, plattdänisch, gesprochen wurde.

Glauben wir es doch: so ähnlich ist es vielen ergangen, die im Februar und März des Jahres 1920 in das schleswigsche Land gereist kamen, um mit dem Stimmzettel für ihre Heimat einzutreten. Ja, da erlebten wir große Tage im kleinen Heimatland, dem ersten, in welchem im Grenzland über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder einem Nachbarstaat abgestimmt werden sollte. So bestimmte es nach dem verlorenen Weltkrieg der Friedensvertrag von Versailles. Zuerst waren in Schleswig drei Zonen zur Abstimmung vorgesehen. Bald wurde einsichtigerweise die sogenannte III. Zone, etwa südlich der Linie Bredstedt—Kappeln, fallengelassen, und es blieben nur die I. Zone, etwa im Norden einer Linie, der sogenannten Clausen-Linie, die etwas südlich von Tondern und nördlich von Flensburg bis an die Flensburger Förde führte, und die II. Zone. In letzterer sollte, im Gegensatz zu der angeordneten En-bloc-Abstimmung in der I. Zone, gemeindeweise abgestimmt werden. Der Vorschlag der „Tiedje-Linie“, welche von südlich der Insel Röm, nördlich von Hoyer, Tondern, Rapstedt und Tingleff bei Rinkenise in die Förde gehen sollte, wurde trotz vieler Unterschriften von der Internationalen Kommission nicht berücksichtigt. Bei diesem von deutscher Seite aus gemachten Vorschlag wären 18 496 deutsche Stimmen bei Dänemark und 18 517 dänische Stimmen bei Deutschland geblieben.

Es waren große Tage, die damals im Winter 1919/20 und im Frühjahr 1920 in dem kleinen Land erlebt wurden, frohe und schöne, aber auch ernste und niederschmetternde Tage. Schwere Tage waren es, als die deutschen Truppen abziehen und führende Beamte, wie der Oberbürgermeister von Flensburg, Dr. Todsén, u.a.m. das Land, das nun „Plebiszit“ hieß, verlassen mußten, und als dann die fremden Truppen, Engländer und Franzosen, sowie „schwarze

Gendarmen“, die aus dem Lande selbst oder vom Norden kamen, das Land besetzten und unter der Internationalen Kommission die Herrschaft antraten. Diese Kommission bestand aus je einem Vertreter von England, Frankreich, Norwegen und Schweden, die Fahnen dieser vier Länder wehten vom Tage des Einzuges der Kommission über ihrem Sitz, dem Hotel „Flensburger Hof“.

Den Schreiber dieser Zeilen, damals noch Student der Theologie in Kiel, erreichte Anfang Februar 1920, als ein Rede- und Versammlungsverbot über alle Beamten, Lehrer und Geistlichen in den Zonen verhängt war, ein Telegramm des „Deutschen Ausschusses“ in Flensburg, mit der Aufforderung, sich als Redner im Abstimmungsgebiet zur Verfügung zu stellen. Das war ein großer Tag, war es doch ehrenvoll, vor eine solche Aufgabe gestellt zu werden. Verlockend erschien es, anstelle des Alltags mit seinen Studien in bedeutungsvoller Zeit in freier Betätigung unter den Landsleuten wirken zu dürfen. Wo zu solchem Dienst in der Heimat und für dieselbe aufgerufen wurde, konnte es für den Gerufenen keinen Zweifel ob ja oder nein geben. So meldete ich mich beim Deutschen Ausschuss, bereit zum Einsatz, wie und wo immer es sein sollte. Zunächst aber hieß es, noch einige Tage Geduld zu haben und sich für den Dienst als Redner mit seinen besonderen Aufgaben vorzubereiten, denn erst sollte die Abstimmung in der I. Zone, zu der ich persönlich auch gerufen war, abgewartet werden.

In der I. Zone habe ich keine Wahlversammlungen miterlebt; es sind in den letzten Wochen vor dem Abstimmungstag meiner Erinnerung nach wohl nur wenige Versammlungen, hauptsächlich in den Städten, durchgeführt worden. Nach der Vorschrift der En-bloc-Abstimmung über das gesamte Gebiet der Zone konnte das Ergebnis kaum zweifelhaft sein. Zu groß war in diesem Gesamtgebiet die vorhandene dänische Majorität; zu schwer lastete auf den zur deutschen Seite Neigenden die harte, traurige Vergangenheit der letzten Kriegsjahre und soviel Ungewißheit von Gegenwart und Zukunft. So konnte die Propaganda, die für den Norden arbeitete und zur Entscheidung dahin rief, unterstützt durch manche verlockende Hilfsmaßnahme auf materiellem Gebiet, wohl hier und da leichtes Spiel haben. Nach wie vor muß uns, die wir Land und Leute zu kennen meinten, das Ergebnis der Abstimmung in der I. Zone überraschen, daß in ihrem gesamten Gebiet von allen abgegebenen Stimmen immerhin ein Viertel sich für das Verbleiben bei dem am Boden liegenden Deutschland entschied. Doch darüber später.

In der II. Zone ging es nach dem 10. Februar hoch her mit Werbeplakaten und Flugschriften von beiden Seiten, mit Umzügen und Versammlungen in Stadt und Land. Es ist hauptsächlich eine Erinnerung an große Tage, vielleicht noch

besonders für uns jugendliche Helfer, die wir eingesetzt wurden als Mitarbeiter von für uns großen Leuten wie Staatskommissar Dr. Köster, dem Vorsitzenden des Deutschen Ausschusses, Dr. Kähler, dem Landsmann Professor Dr. Scheel, Dr. Karl Alnor, Dr. Peter Petersen, Pastor Joh. Schmidt-Wodder, Iversen, Munkbrarup, Albert Wacker, Friedrich Hussong, Ernst Schröder, Jane Voigt u.a.m.

Das „Alt-Flensburger Haus“, der alte, würdige Bürgerbau in der Norderstraße, wurde eine Art Hauptquartier. Hier tagten oder „nächtigten“ die Journalisten; hier war an jedem Mittag eine Art Paroleausgabe; hier gingen alle ein und aus, die irgendwie im Dienste unserer Sache standen, bekamen neueste Nachrichten und Material für ihre Arbeit. In dieses Hauptquartier kehrten wir möglichst alle am Abend zurück, um Bericht zu erstatten über erlebte Versammlungen, über erlauchte oder erfahrene Stimmung unter den Landsleuten und beobachteten Stärke oder Schwäche des Gegners in seinem Auftreten in Wort und Tat. Die Spannung im Lande wuchs, und ich meine, mit ihr die Zuversicht, ja Begeisterung. Wie manche Versammlung nahm einen ganz anderen Verlauf, als wie die Einberufer und bestimmten, angeforderten Redner es erwartet hatten, und wurden unterbrochen oder schlossen mit den wohl selten so inbrünstig wie zu der Zeit gesungenen Versen unseres Heimatliedes: „Wanke nicht, harre aus, stehe fest, bleibe treu, mein Vaterland!“

Es waren schon große Tage für uns, auch wenn manchmal Enttäuschendes im ganzen oder zwischen Mensch und Mensch erlebt wurde. Ich entsinne mich noch sehr lebhaft eines Zusammentreffens mit einem von Kindheit her bekannten Landsmann aus unserem nordschleswigschen Heimatkirchspiel, der sich viel in der Unterhaltung von Mann zu Mann auf dem Lande betätigte, aber an diesem Tage in der Versammlung — ich meine zu erinnern, daß es in Lindholm war — auch als Redner für die dänische Sache auftrat. Ich bemühte mich, etwas von dem von ihm Gesagten zu widerlegen und die Versammlung von meinem Standpunkt aus zu überzeugen, und ich fand williges Gehör, fast ungeteilte Zustimmung und Beifall. Nach der Versammlung sagte Herr Emil Hübschmann beim Teepunsch, zu dem er einlud, zu mir: „Mensch, G., wie konntest du nur so gegen mich auftreten?! Wir kommen doch aus einem Kirchspiel und sind unter den gleichen Bedingungen aufgewachsen und großgeworden, müssen doch auch gleich fühlen.“ Ich konnte nur antworten: „In vielem ganz gewiß; aber in der einen Frage, ob Schleswig und wir deutsch oder dänisch, da trennen sich unsere Ansichten und Wege! Da müssen wir ehrlich, aber darum nicht feindlich sein. Unsere schöne Heimat gehört von den Vätern her uns in gleicher Weise.“

„Ja, darum keine Feindschaft!“ Das war nach meiner lebhaften Erinnerung an jene großen Tage in unserem kleinen schleswigschen Lande bei allem ernsthaften, oft heftigen Streit in Schrift, Bild und Wort die Grundeinstellung und Haltung von uns Heimatberechtigten allen, die wir uns in der Öffentlichkeit einsetzen durften für das

Land, das wir vertraten. Es war dabei ein großer Unterschied für die einzelnen Redner, mit welchem Gegner sie z. B. auf einer Versammlung „die Klängen zu kreuzen“ hatten. Da war der als Vortragender gefürchtete Advokat Andersen aus Hadersleben ein wesentlich schärferer Diskussionsgegner als der mehr gemütliche Großbauer Niels Kloppenburg-Skrumsager, von ihm war es doch, daß ich in seiner etwas gebrochenen deutschen Sprache in einer Versammlung in Klintum, wo er die wirtschaftlichen Vorteile im Norden hervorhob, als Schlußsatz seiner Ausführungen die Worte hörte: „Nun sehen Sie zu und kommen Sie zu Dänemark; bei uns werden die Schweine immer mehr.“ — Wir schüttelten uns nach der Versammlung vertrauensvoll die Hände und schieden jeder voller Zuversicht. Diese Zuversicht beseelte natürlich alle auf beiden Seiten Tätigen, wenn auch nicht jeder zu so ernster Konsequenz bereit war, wie der alte Bauer Peter Grau aus Pöhl es sein zu müssen meinte. Als dieser mich am Vorabend der Abstimmung in einem Lokal an der Großen Straße, als ich an seinem Tisch vorbeiging, siegesgewiß fragte: „Na, G., wie wird es morgen gehen?“ antwortete ich: „Flensburg bleibt natürlich deutsch!“ Da meinte er, daß er dann lieber sterben wolle. Ich sagte nur, daß er das denn wohl müsse. — Nun, Grau hat den für ihn wie ganz bestimmt für viele Dänischgesinnte enttäuschenden Ausgang der Abstimmung in der zweiten Zone und in Flensburg überlebt. Aber auch er wird — wenn nicht schon in der Nacht nach dem 14. März — sicher am nächsten Morgen gleich den vielen Abstimmungsberechtigten, die mit großen Schiffen aus Dänemark gekommen waren, betrübt den Kurs zurück Richtung Norden genommen haben.

Ein großer Tag für uns im kleinen Lande Plebiscit war mit dem 14. März gekommen. Fahnen durften zwar keine wehen; es war von der interalliierten Kommission für die Tage ein Flaggenverbot erlassen, damit möglichst keiner den anderen provozieren. Man half sich damit, daß man in den Fenstern der Häuser seine Farben und damit seine Gesinnung zeigte. Auch das bot schon ein farbenprächtiges und erfreuliches Bild.

Und was für eine Stimmung herrschte in Stadt und Land — trotz des in Berlin angebrochenen Kapp-Putsches! Wir waren zum Besuch von Abstimmungslokalen rundum im Lande eingeteilt worden, um evtl. vorhandene Fragen klären zu helfen und Grüße zu überbringen. Es war ein Hochgefühl, wenn hier und da vor den Wirtschaften frohe Musik grüßte, und wenn einem die zuversichtliche, feste Stimmung der Menschen entgegenschlug.

Am Abend waren wir zusammen an den Stätten bisheriger Wirksamkeit; ich erlebte den Empfang von Abstimmungsergebnissen zum Teil mit in unserer Zentrale in der Rathausstraße. Unvergeßlich bleibt der ein wenig niederschmetternde Eindruck, als eine von den ersten durchgegebenen

Nachrichten von Föhr eine dänische Majorität in der Gemeinde Goting meldete. Aber die Stimmung stieg wieder schnell, als weitere günstige Resultate bekannt wurden, darunter — ich meine — Lexgaard im Kreise Südtondern, das einstimmig sich für Deutschland entschieden hatte.

Während der Abendstunden bewegte sich eine große Menschenmenge in den Straßen Holm, Große und Norderstraße hin und her zwischen dem Südermarkt und dem Nordertor. Eifrig wurden die durch Anschlag bei den Zeitungen und auch durch Journalisten bekanntgegebenen einzelnen Abstimmungsergebnisse verfolgt. Als dieselben ein allgemeines Bild vom Sieg der deutschen Stimmen ergaben, wurde laut das Schleswig-Holstein-Lied angestimmt. Berittene Schutzleute versuchten, die singenden Menschen auseinanderzujagen. Diese ließen sich nicht von den Straßen vertreiben, und als nach 11 Uhr die Meldungen besagten, daß sowohl Friesland als auch die Landbezirke, ja selbst Flensburg eine klare deutsche Mehrheit mit 60 Prozent, ja hier und da bis 90 Prozent hatten, da erklangen gegen Mitternacht die Kirchenglocken von allen Türmen der Stadt. Ein Redner sprach vom Rande des Neptunbrunnens auf dem Nordermarkt zur innerlich bewegten Menge, und es war — das kann jeder, der damals unter den Tausenden diese Stunde miterlebte, bezeugen — nichts Gekünsteltes, sondern der Ausdruck ehrlicher, innerer Überzeugung, als spontan angestimmt und in die Nacht gesungen wurde der alte Choral „Nun danket alle Gott!“

Diese Zeilen sollen keine geschichtliche Abhandlung darstellen, derer gibt es über unser Land, seine erste Abstimmung und ihre Geschichte genug. Zur Erinnerung sei nur auch hier bemerkt, daß das Zahlenergebnis in der zweiten Zone folgendes war: 51 303 deutsche gegenüber 12 859 dänischen Stimmen, in Flensburg selbst 27 071 deutsche gegenüber 8955 dänischen Stimmen. Der Vollständigkeit halber sei in diesem Zusammenhang gleich auch das Stimmenergebnis in der ersten Zone in das Gedächtnis zurückgerufen. Hier standen im ganzen 75 431 Stimmen für Dänemark 25 329 für Deutschland gegenüber. Das war das Ergebnis der En-bloc-Abstimmung in der ersten Zone am 10. Februar 1920.

Der 10. Februar war ein teils stürmischer, sehr regnerischer Tag; da gab es noch kein Flaggenverbot, und es gab nur wenige blau-weiß-rote Fahnen, aber eine Fülle von Danebrogs, die am Abend schlaff oder gar vom Sturm zerrissen von den Stangen herabbingen. Größere Veranstaltungen gab es außer in den dänischen Versammlungshäusern bei uns auf dem Lande im nördlichen Teil des Kreises Hadersleben nicht. Wir warteten in ernster Stimmung auf die Resultate. Das ist das Bild des 10. Februar 1920 in meiner Erinnerung.

Hierneben das Bild einer einheimischen Familie, in der sich zutrug, was fast typisch genannt werden kann für das in unserem Grenzland Mögliche. Drei Söhne

kamen zur Abstimmung in das Heimatdorf und Elternhaus; einer trug eine kleine blauweiß-rote Kokarde im Knopfloch, der nächstältere einen Danebrog und der älteste keinerlei Abzeichen. Wahrscheinlich werden sie dementsprechend abgestimmt haben; aber unter den Geschwistern — es waren noch mehrere vorhanden — herrschte mitsamt den mehr oder weniger indifferenten, aber friedlichen Eltern ein gutes Einvernehmen. Gut, daß so etwas möglich ist, sonst würde der Beamte, der nach der Abtrennung seiner nordschleswigschen Heimat nach Süden übersiedelte, ja mit seinem Vater sich ganz überworfen haben, der von Südschleswig etwa gleichzeitig nach Nordschleswig zog, eben weil dieses dänisch geworden war.

Daß Menschen einer Familie oder einer Ortschaft trotz verschiedener politischer Einstellung als Familienglieder, Nachbarn oder Jugendgenossen nicht verfeindet waren oder sind, sondern durchaus menschlich einander nahe und verbunden bleiben können, ist nicht eine Erinnerung an einst, sondern nach meiner Beobachtung und meinem Erleben ein glücklicherweise zunehmender Zustand. Möge es so weiter gehen in gegenseitiger Achtung und Anerkennung über die im Grenzland nun einmal besonders mögliche nationale oder politische Trennungslinie hinaus in Familien, Schulen, Gemeinden und Kirchen. Dann werden in der Zukunft die sich weiter als Grenzlandmenschen, zwischen zwei Kulturen oder von zwei Kulturen beeinflusst, bewußt vor anderen reich fühlenden Bewohner unseres kleinen Landes zum eigenen und zu der anderen Glück beitragen, aus der Erinnerung oder aus dem Erleben heraus, Kinder einer gemeinsamen Heimat!

Das Schicksal hat es gewollt, daß in diesem geschichtlichen Raum zwischen Eider und Königsau zwei Völker zusammenleben müssen. Sie können nur Zusammenleben, wenn sie sich gegenseitig achten, sich „wechselseitig anerkennen“.

Alexander Scharff in Grenzfriedensheft 1/1953

Nach Norden und Süden selbständig und frei

Fünfzig Jahre deutsche Volksgruppe in Nordschleswig

Fünfzig Jahre waren am 10. Februar 1970 vergangen seit jenem Tage, der über das staatliche Schicksal Nordschleswigs entschied. Im Hinblick darauf würdigte Dr. Paul Koopmann, der Leiter der Heimvolkshochschule Tingleff, dieses Ereignis auf dem Deutschen Tag im November des vergangenen Jahres. Er fragte in seinem Vortrage nach dem Sinn der Teilung Schleswigs, nach der bisherigen Leistung und der künftigen Aufgabe der Volksgruppe — aus der Erkenntnis, daß „die Deutschen in Nordschleswig durch ihren bisherigen Weg und ihr Tun bewiesen haben, als eigenständige Gruppe sowohl nach dem Norden als auch nach Süden selbständig und frei zu sein“.

I

Durch die „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949, erweitert und auf eine staatspolitische Ebene in den deutsch-dänischen Minderheitenerklärungen vom 29. März 1955 erhoben, haben die deutsche als auch die dänische Minderheit ihre Eigenständigkeit bestätigt erhalten. Sie sind juristisch fixiert und ihre Existenz als Gruppe und Minderheit ist gleichsam „konfirmiert“ worden. Innerhalb dieser Minderheitenerklärungen leben und bewegen wir uns. Es ist daher an diesem Tage nicht überflüssig, an die minderheitenrechtlichen Konsequenzen von 1955 zu erinnern. Sie garantieren uns die vollen menschlichen Grundrechte ohne Vorbehalte und gewähren uns den vollen kulturellen und religiösen Kontakt zum deutschen Volke. Unsere Pflicht gebietet uns dann, dem dänischen Staat gegenüber im gleichen Umfang loyal zu sein. Diese Minderheitenerklärungen sind gewissermaßen unser Grundgesetz und bedeuten in der offiziellen Anerkennung der Verbindungen über die Grenze zum Muttervolk etwas völlig Neues.

Es ist gesagt worden, daß wir am 10. Februar 1970 den 50. Geburtstag unserer Volksgruppe begehen werden. Diese Tatsache bedarf einer Erläuterung. Als wir vor wenigen Wochen den Landtagsausschuß für Volksbildung bei uns zu Besuch hatten, fiel eine Bemerkung von nordschleswigscher Seite, daß man den 10. Februar festlich begehen wolle. Man fragte darauf verwundert, ob Grund dazu bestünde, worauf geantwortet wurde: Seit wann dürfe man seinen Geburtstag nicht feiern? In diesem Wandel der Bedeutung des Abstimmungstages vom 10. Februar 1920 tritt eine *geistige Stromkenterung zutage*, der nachzugehen Sinn meiner Ausführungen sein soll. Sicherlich darf man Bilder, analoge Vorstellungen, wie die vom Geburtstag einer Volksgruppe, nicht strapazieren. Wenn wir als loyale Staatsbürger in Dänemark leben und damit die 1920 gezogene Grenze als eine

endgültige Entscheidung anerkennen wollen, dann haben wir uns zu einem neuen Status bekannt. Dieser Status liegt dem Gründungsbeschluß des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945 zugrunde, der die Anerkennung der Grenze, die Loyalität vor König und Verfassung aussprach. Damit wurde ausgesagt, daß wir als selbständige Volksgruppe, als Deutsche vor der Grenze des Muttervolkes, aber im Rahmen der dänischen Staatsbürgerpflichten, in Zukunft ein Eigenleben führen wollen.

Wir haben uns damit nur zu uns selbst bekannt, uns selbst bestätigt. Wir haben uns nicht in das Licht einer zweifelhaften Abhängigkeit gebracht. Daher wünschen wir es nicht, Spielball im machtpolitischen Ringen der Staaten zu sein: Jede Irredentapolitik weisen wir von uns ab. Wir wollen nicht erlöst werden. Wir wünschen aber auch nicht, unsere nordschleswigsche deutsche Eigenart gegen eine langsame Assimilation im dänischen Milieu einzutauschen. Diese Grundzüge des deutschen Nordschleswigers mit dem dänischen Paß sind das Ergebnis der Entwicklung seit 1920. Sie sind durch die Kapitulation von 1945 nur stärker gefördert worden, da die Gesamtentwicklung seit 1920 in diese Richtung wies. Insofern ist die Erklärung vom 22. November kein völliges Novum. Sie ist aber doch eine Stromkenterung der Verhältnisse, da sie unter die Protestpolitik einen Schlußstrich zieht und eine Phase einer neuen Entwicklung mit einer klaren Erklärung einleitet. Das wird auch durch die Tatsache erhärtet, daß Pastor Schmidt-Wodder dieser „Hadersiebener Erklärung“ beitrug.

II

Um diese Stromkenterung begreiflich und wahrscheinlich zu machen, müssen wir den Weg des deutschen Nordschleswigers kritisch betrachten. Die Entscheidung von 1920 heißt: *Teilung Schleswigs*. Der Teilungsgedanke war für beide Teile, für die Dänen und die Deutschen, schwer zu akzeptieren. Heute sehen wir das leichter ein als die Bevölkerung Schleswigs 1920. Damals sah die Situation vereinfacht so aus: auf der einen Seite eine im ersten Weltkrieg völlig erschöpfte und geschlagene deutsche Nation, auf der anderen Seite ein im Frieden lebendes und materiell gesichertes dänisches Volk, das sein „historisches“ Recht auf Schleswig geltend zu machen suchte und dem große Teile der Bevölkerung in Schleswig in echter Verbundenheit zustrebten. Der nordschleswigsche Dänenführer H. P. Hanssen, der die deutsche Mentalität in ihren Vorzügen wie auch in ihren weniger guten Eigenschaften genau kannte, warnte seine Landsleute, einer unbesonnenen Eiderpolitik mit einer Grenze südlich von Flensburg nachzujagen. Sie würde den dänischen Nationalstaat gefährden, wenn durch eine übereilte Grenzrevision zahlenmäßig starke deutsche Bevölkerungsteile in den dänischen Reichsverband inkorporiert würden. Seine Clausenlinie würde stark genug sein, jeder innenpolitisch entstehenden

Schwierigkeit standzuhalten, jede andere Grenzentscheidung aber unübersehbare Gefahren heraufbeschwören. Diese Politik des Maßhaltens, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhte, bedeutete einen Bruch mit der Politik des „historischen“ Rechts. H. P. Hanssen wurde ein tragisches Opfer seiner eigenen Politik, weil weite Kreise seiner Landsleute und große Teile im dänischen Volke seine Entscheidung für die Lösung der Schleswigfrage nicht gutheißen wollten.

Wenn seine Auffassung doch siegte, verdankt er das den Deutschen. Es kam schon für die Dänen überraschend, daß sich am 10. Februar 1920 in Nordschleswig, der ersten Zone, 25 000 deutsche Wähler fanden, das sind 25 Prozent. Als sich aber am 14. März 80 Prozent in Flensburg und Südschleswig zu Deutschland bekannten, warf dieses Ergebnis Dänemark in eine harte Regierungskrise und — so dürfen wir es heute sehen, zugleich in eine tiefe geistige Krise. Sie führte dazu, daß Dänemarks größter Sohn dieses Jahrhunderts, H. P. Hanssen, am Heimkehr- und Siegestag, am 11. Juli, auf Düppel nur hinter dem jungen Amtmann von Tondern, dem Grafen Schack, einen Bericht sprechen durfte. Seinem König durfte er die Heimat nicht zuführen. Ihm wurde sogar untersagt, Christian X. beim historischen Ritt über die Grenze an der Königsau willkommen zu heißen. Zum Mahl an Bord des Königsschiffes war er nicht geladen. Dänemarks Staatsminister, der Historiker Niels Neergaard, aber bekannte auf Düppel, daß Nordschleswig und Dänemark „in Dänemarks tausendjähriger Geschichte noch niemals eins gewesen seien“. Wir stehen am heutigen Tage nicht an, diesen Sachverhalt zu erkennen. Denn H. P. Hanssen durchschlug den gordischen Knoten der Schleswigfrage. Sachlich und leidenschaftlos dürfen wir erklären, daß er als „Heimdäne“ Dänemark eine Grenze gegeben hat, die harte politische Stürme überdauerte. Ich nenne nur die Daten: 1933 — mit der Unruhe an der Grenze; den 9. April 1940 — als Dänemark besetzt wurde; die turbulenten Maitage von 1945 und 1946 — als die englische Regierung offiziell Dänemark eine Grenzkorrektur anbot und Dänemark im Memorandum vom 19. Oktober 1946 sinngemäß erklärte: Die Grenze liegt fest! H. P. Hanssens Grenze hat sich als standhaft erwiesen. Er hat als „Heimdäne“, mit der „Melodie des Grenzlandes“ im Herzen, die mit ihren Ober- und Untertönen auch Akkorde des Partners anklingen läßt, eine Entscheidung von säkularer Bedeutung für die dänische Nation getroffen. Das haben auch wir vorbehaltlos anzuerkennen. Denn nur von einer solch fundamentalen Entscheidung her lassen sich die deutsch-dänischen Verhältnisse wieder in liberaler Weise entwickeln. In diesem Sinne hat das romantisierende nationalistische Dänemark, und hier besonders die „Flensburg“-Dänen mit ihrem Ruf nach dem „historischen Recht“, eine erneute Düppelniederlage einstecken müssen.

III

Wir haben diese Wertung gerade am Deutschen Tage auszusprechen, weil die Grenzziehung von 1920 für die deutsche Volksgruppe konstitutiven Charakter hat und sie sich als Minderheit nur von der Teilung Schleswigs her begreifen läßt. Insofern ist die Minderheit geradezu eine Funktion der Grenze. Die Clausenlinie bestimmte die Größe der deutschen Volksgruppe, weil sie den territorialen Rahmen absteckte, in der sich die deutsche Gruppe bilden konnte. Vor 1920 können wir also nur von Deutschen in Nordschleswig oder in der Nordmark, wie man damals das Gebiet nannte, nach 1920 aber von der deutschen Volksgruppe sprechen.

Am 10. Februar war sie lediglich Objekt der Abstimmungskämpfe. Sie besaß zwar Männer, die sich für die deutsche Sache in der Nordmark aufopfernd einsetzten, aber irgendeine offizielle Legitimation hatten diese Männer nicht. Man kämpfte auf lokaler Ebene, allein auf Selbsthilfe angewiesen. Der „Deutsche Ausschuß“ unter Oberbürgermeister Dr. Todsens, Flensburg, später unter dem sozialdemokratischen Staatskommissar Dr. Köster, leistete wertvolle Hilfe. Er hatte sich aber vor allem um die zweite Zone und hier besonders um Flensburg zu bemühen. Nordschleswig war weitgehend auf sich allein gestellt. — Der 14. März aber brachte die Entscheidung.

Die deutsche Stimme des Grenzlandes sprach durch das Abstimmungsergebnis klar und vernehmlich: Flensburg und die zweite Zone sind deutsch. Die dänische Abstimmungsniederlage war so eklatant, daß die Internationale Kommission in Flensburg keine Handhabe fand, irgendwelche prodänischen Grenzkorrekturen zu empfehlen. In dem engen Rahmen, der der deutschen Initiative gelassen worden war, hatte man einen klaren Sieg errungen und den Vormarsch der Dänen entscheidend gebremst. Diese Grenze wurde als fundamentale Entscheidung von 1920 durch die beiden Abstimmungstage vom 10. Februar und 14. März fixiert. Sie müssen in ihrer Bedeutung zusammen gesehen, gemeinsam gewertet werden. Das ermöglicht es uns heute nach fast 50 Jahren, die Entscheidung von 1920 zu akzeptieren. Denn wir sind als Minderheit keine Notlösung, sondern ein vollgültiges Phänomen dieses Jahrhunderts, mit eigenem Profil als Heimdeutsche und mit eigenem Auftrag. Unter diesem Aspekt muß unser Werdegang gesehen werden. Als Pastor Schmidt-Wodder den dänischen König am 12. Juli in einem „Offenen Brief“ in Tondern begrüßte, dem Tondern, das am 10. Februar ebensoviele Prozent deutsche Stimmen aufwies wie Flensburg am 14. März, formulierte er das Programm der Dänemark anvertrauten Deutschen: „Wir hoffen auf den Tag, wo wir neu entscheiden werden über unser staatliches Geschick, frei von dem Zwang der En-bloc-Abstimmung, frei von dem Zwang des Friedensvertrages.“ Das war ein Protest, ein Protest gegen die neue

Grenzziehung, die eine Stadt mit 76 Prozent deutschen Stimmen Dänemark zuschlug und die sich somit durch die neue Grenze hart getroffen sah. Ein Protest war wohl am Platze und wie der Artikel V des Prager Friedens als Recht des Dritten, als moralisches Recht der Betroffenen wohlfundiert. Für den Mut, so frank und frei zu sprechen, haben wir auch heute Pastor Schmidt-Wodder zu danken. An seiner Redlichkeit und Überzeugungstreue haben sich viele Verzagte aufgerichtet.

Daß das Leben einer Volksgruppe aber mit einem Protest beginnt, mag dadurch noch stärker gerechtfertigt erscheinen, als die Dänen durch ihre Wortführer in unmißverständlicher Weise das an Dänemark ausgelieferte Deutschtum schlecht und recht diskriminierten.

H. P. Hanssen hatte vor der Abstimmung erklärt, „daß er in der Gegend von Lügumkloster, in der Schluxharde und in den Städten, besonders in Tondern, ein gewisses Deutschtum erwarte, aber nicht mehr“, ... als daß man es aufsaugen könne. Man hielt es für wahrscheinlich, daß sich diese Deutschen bald „heimführen“ oder assimilieren ließen. Man sprach es offen aus: es werde dahinschmelzen wie der Märzschnee. —

Denn den deutschen Nordschleswiger hat man eigentlich stets verkannt. Die dänischen Nordschleswiger nannten ihn etwas geringschätzig „Hjemmetysker“ — Heimdeutscher, ohne sich darüber klar zu sein, daß sie sich selber erst seit 1800 vom Schleswiger oder „Dansk Holstener“ zum „Neudänen“ gehäutet hatten. Die Schleswig-Holsteiner betrachteten den Heimdeutschen mit seiner plattdänischen Mundart stets etwas zweifelnd und meinten, er müsse, wie die Südschleswiger vor hundert Jahren, den Sprachwechsel zum Plattdeutschen vollziehen. Die Erklärung für diese unterschiedliche Wertung liegt offen zutage. Erst seit 1920 ist der Heimdeutsche ein selbständiger Typ, der in voller Eigenverantwortung über sein Schicksal zu bestimmen hat. Sein Charakter als Mensch des Grenzlandes, seine Fähigkeit, Impulse von Süd und Nord aufzunehmen, die „Melodie des Grenzlandes“ zu verstehen, wie die Dänen die spezielle Grenzlandatmosphäre kennzeichnen, all das läßt ihn langsam in die Aufgabe hineinwachsen, durch seine Zweisprachigkeit ein echtes und verbindendes Element zwischen Nord und Süd zu sein. Dazu wohnt er an der Grenze und lebt mit der Grenze. Er ist gleichsam eine Funktion der Grenze, mit der er sich laufend auseinanderzusetzen hat. Wenn Otto Scheel diesen Heimdeutschen als jenen Grenzlandbewohner definierte, in dessen Seele neben den deutschen auch nordische Glocken anklingen, dann stimmt das für die Jahre unmittelbar nach 1920. Heute hat sich der Deutsche Nordschleswigs zusätzlich zu seiner Aufgabe zu bekennen. Er muß seine Zweisprachigkeit dazu benutzen, die Grenzfunktion als Wechselwirkung zu leben

und als Auftrag zu erkennen. Er hat sich mit der Grenze im positiven Sinne auseinanderzusetzen. Dann ist er ein echter Vertreter des Grenzlandes und als solcher ein wertvoller Staatsbürger. Diese Aufgabe zu erfüllen, heißt ein loyaler Staatsbürger Dänemarks zu sein, der die volle Gleichberechtigung auch vom Staate erwarten, ja fordern darf.

1920 war das anders. Als die Teilung Schleswigs bevorstand, hat der Heimdeutsche sich als Deutscher und Schleswig-Holsteiner dagegen zur Wehr gesetzt. Die 25 000 deutschen Stimmen zeugen davon, daß er auch in Notzeiten die Treue hält. Ohne den staatlichen Apparat im Rücken, optierte er für Deutschland und hörte nur auf die Stimme des Gewissens. Daher wußte Pastor Schmidt-Wodder, daß der Protest gegen die Grenzziehung von 1920 aus dem deutschgesinnten Tondern von allen Deutschen in Nordschleswig gebilligt wurde. Seine Protesthaltung war darum wichtig und mußte den deutschen Nordschleswigern Programm auch in den Jahren des Aufbaus der eigenen Gemeinschaft sein. Ehe sie die Grenze stützen konnten, mußten die deutschen Nordschleswiger erst lernen, mit der Grenze zu leben, sich an sie zu gewöhnen. Und ihre dänischen Nachbarn machten es ihnen nicht leicht. So stellen sich uns die Jahre nach der Abtretung dar als Reifejahre der Volksgruppe. Unter der politischen Führung Schmidt-Wodders gelang es, einen eigenen Standort zu finden, sich gegen die Aufsaugungsparolen der Dänen erfolgreich zur Wehr zu setzen und damit Dänemark den Beweis zu erbringen, daß der Heimdeutsche kein billiger Renegat, sondern ein echtes Phänomen des Grenzlandes ist.

Auch in der Zeit des Nationalsozialismus setzte sich der Wachstumsprozeß der Volksgruppe fort. Das Problem hieß auch hier: Funktion der Grenze zu sein, welche Bedeutung hat die Grenze, welcher Stellenwert kommt ihr zu? Nur stellte sich die Frage völlig anders und überspitzt dar. Sie lautete: volkspolitische Gleichschaltung, eine Gleichschaltung, die so stark war, daß sie mit den staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber Dänemark in Konflikt geriet. In diesen Jahren des militanten Deutschtums hatte sich der deutsche Nordschleswiger zu entscheiden, ob er gegen die Tatsache der Grenze leben wollte oder ob er gewillt war, mit ihr zu leben. Das war keine akademische Frage mehr, keine Alternative, die nur nachdenkliche Kreise interessierte. Sie ging jeden an. Wir sehen gerade diese Epoche von 1933 bis 1945 als eine Phase unserer Entwicklung, die derart bitter und hart war, daß sich auch die dänischen Nachbarn auf eine ähnliche Zeit nicht berufen können. Wir haben dabei der Opfer zu gedenken, die in diesen Jahren des Nationalsozialismus von unserer kleinen Gruppe gebracht worden sind an Toten, an Verstümmelten. Wir haben auch an die Leiden in der Gefangenschaft und an die Verfolgungen in der Heimat zu erinnern. Daß wir diese Zeit überhaupt

überstanden haben, beweist das Stehvermögen der Minderheit. Es sei aber an dieser Stelle unseren Frauen und der Jugend ein Dank gesagt für ihre Standhaftigkeit, die sie damals an den Tag legten. Wenn sie auch nicht den Männern in die „Faarhusgemeinschaft“ hinter Stacheldraht zu folgen brauchten, hatten sie es daheim schwer genug, die Nervenkraft aufzubringen, um sich als Deutsche zu behaupten und durchzuhalten. Letztlich danken wir es auch jenen dänischen Nachbarn, die im Miteinanderleben von Dänisch und Deutsch in den ersten 25 Jahren in Dänemark einen klaren Kopf behielten und im Zeichen der Nachbarschaft keinen Exodus gegen die Deutschen mitmachen wollten. In diesen Jahren der härtesten Prüfung bestand die Nachbarschaft ihre Probe; es kam zu keiner Austreibung der Deutschen. Ein Werk, das dieses Problem einmal von beiden Seiten beleuchten könnte, ist noch nicht geschrieben.

Überhaupt scheint uns der Abstand von 1945 kurz, obwohl fast wiederum 25 Jahre vergangen sind. So nachhaltig wirkt diese menschlich entfesselte Zeit nach, daß wir immer noch mit ihr zu ringen haben.

Und doch — was könnte von dieser Stelle am heutigen Tage bekannt werden? Wäre hier ein: pater, peccavi! auszusprechen, ein: Vater, ich habe gesündigt! Vor — Menschen? Ich frage: Wer außer Gott ist hier Vater? Das darf in dieser verhetzten und gewalttätigen Zeit wohl gefragt werden.

Ich stehe nicht an zu meinen, daß gerade unsere nordschleswigsche Heimat hier dem Fragenden und Wahrheitsuchenden einen wertvollen Hinweis in der Ballade von der Schnitterin, der Mutter von Ballum, gibt, die ihren Sohn mit ihrem Herzblut, nicht mit Worten, sondern durch die Tat befreit.

Wir haben nach der Stunde des Nullpunktes, nach den Jahren des Zusammenbruches, durch unsere Tat, die immer mehr eine befreiende Tat des Mitwirkens am Gemeinsamen der Gesellschaft und des Staates wurde, bewiesen, daß wir das Mitleben und Mitstützen der Grenze als inneren Wandel vollzogen haben, ohne damit überheblich zu werden. — Heute sprechen wir es aus.

IV

Wir haben uns innerlich zur Teilung Schleswigs bekannt. Das Gesetz der Grenze ist in uns wirksam. Wir nehmen aber auch das Recht des Irrtums für uns in Anspruch, wie alle Menschen, die heute leben. Es gibt kein Volk in diesem Jahrhundert, das sich nicht einem grundstürzenden Wandel zu unterwerfen hat.

Hoch über allem Nationalismus unserer Zeit erhebt sich die Unerbittlichkeit der Technik und Automation. Sie bedroht den Menschen in seinen Grundfesten. Wenn der Mensch aber in dieser unmenschlich werdenden Umwelt standhalten soll, dann muß er Vorurteile aufgeben und alte Traditionen einer Kritik unterziehen.

Das geschichtliche Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch muß daher

sorgfältig geprüft werden. Wir haben Gemeinsames zu erkennen und herauszustellen und Trennendes auf aggressive Elemente zu untersuchen, um diese auf jeden Fall unwirksam zu machen. Wenn wir unsere oft widersprüchlich erscheinende Gegenwart meistern wollen, dann müssen wir uns wandeln, um in der Zukunft bestehen zu können. Das mag wie ein Gemeinplatz klingen. Denn sich wandeln heißt: anders *handeln*, nicht anders sagen.

Und unsere innere Umkehr bedeutet, daß wir unsere Einstellung zur Grenze kategorisch ändern müssen. Was 1920 aus Protest gültig war, ist heute nicht nur unrealistisch, sondern geradezu grundfalsch. Unsere Aufgeschlossenheit, in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Kommunalpolitik unserer Heimat mitzuwirken, erhält nur von dieser Umwertung der Bedeutung der Grenze ihren Inhalt; das gilt nicht nur in gesellschaftspolitischer Hinsicht, sondern auch in der nationalen Einstellung. So wie H. P. Hanssen die Befriedung des Grenzraumes durch die Teilung möglich machte und Schmidt-Wodder die deutsche Volksgruppe als Minderheit sammelte und festigte, so haben die beiden Minderheiten die territoriale Grenzziehung durch ein lebendiges „Über-die-Grenze-Hinleben“ ihrer Völker zu aktivieren.

Wir sprachen oft von der Aufgabe, die Grenze zu überwinden. Das heißt ganz einfach, das strittige und zerstrittene Grenzland in eine reiche Kontaktzone zu verwandeln. Daher gilt unser Einsatz und unser Interesse, alles das ins Grenzland hineinzuziehen, was zukunftssträchtig ist, aber auch aus eigener Sicht alle deutschen Aktivitäten für eben diesen Zweck zu mobilisieren. Die Hauptstadt des Grenzraumes, Flensburg, hat diese Aufgabe vornehmlich zu erkennen. Es ist verheißungsvoll, daß der Innenminister Dr. Schlegelberger diese Flensburgaufgabe als unerläßlich erkennt, um aus Flensburg einen „europäischen“ Ort der vielseitigen Begegnungen zu machen. Wir deutschen Nordschleswiger werden uns dafür engagieren, da wir aus der Geschichte Flensburgs wissen, wie aktiv einst Flensburg nach Nordschleswig ausstrahlte, wie sehr es aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Kopenhagen pflegte. Die dänische Monarchie erkannte in den engen Handelsbeziehungen der beiden Städte die eigentliche Wirtschaftsachse des dänischen Gesamtstaates. Diese Achse als Flensburgs Tor zum Norden wieder zu beleben, erkennen gerade wir Nordschleswiger heute als wichtig. Dazu bedarf es noch geistiger Vorarbeit; denn wenn die heutige EFTA—EWG-Grenze bei Krusau beseitigt werden soll, wenn wir an echte Zusammenarbeit denken wollen, sind Vorurteile und Ressentiments zu beseitigen.

Nicht „Up ewich ungedeeft“ und Eiderpolitik bilden die Leitbilder der Zeit, sondern Zweisprachigkeit und Nachbarschaft leiten diese Phase eines neuen

Zusammenlebens ein.

Sie sind Elemente der Politik der kleinen Schritte, die Realitäten schaffen und auf Dauer und nicht auf Taktik angelegt sind. Denn sie sind als geläuterte Elemente in voller Übereinstimmung mit der Geschichte und haben daher die günstigsten Wachstumsbedingungen.

Zur neuen Begriffswelt der Nachbarschaft gehören aber kulturelle Ereignisse wie die Deutsch-Dänischen Tage, Kulturinstitutionen wie die beiden Symphonieorchester, die neuen Kulturstätten wie Sporthallen, Sendezentralen, Gymnasien und Hochschulen.

Aber auch die industrielle Entwicklung und der Tourismus gehören in dieses Bild. Für letzteres ist noch kein Gleichschritt, kein Gleichgewicht gefunden. Aber mag das heute stören? Anfänge sind hüben wie drüben gemacht. —

Wie wird es weitergehen? Das ist die Frage. Wir denken hier an die Jugend.

Leicht darf diese Frage nicht genommen werden, weil wir in einer Welt des Umbruchs leben. Aber es ist hier der Versuch gemacht worden, als etwas Wesentliches die Grenzfunktion zu erkennen. Sie trennt und bindet, sie teilt und zieht an. Die Teilung Schleswigs ist das bestimmende Motiv des Grenzraumes. Die geballten nationalen Spannungen, die aus geschichtlicher Überspanntheit alles zu vergiften drohten, sind gelöst worden. Es bildeten sich neue Phänomene: die Grenze und die beiden Minderheiten als Volksgruppen. In den Minderheitenerklärungen von 1955 haben diese neuen Realitäten Bahnen und Wachstumsbedingungen erhalten. Es kommt für die deutsche Volksgruppe darauf an, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen, um sich Aufgaben zu stellen. Richtige Aufgaben anzupacken heißt aber auch, die Lebensfähigkeit des Grenzraumes zu untermauern. Diesen aber in seiner Vielfalt der volklichen Übergänge zu bewahren, in den reizvollen Spannungen, die durch die Minderheiten erzeugt werden, zu erhalten, haben Schleswig-Holstein und Dänemark als eine gewichtige Aufgabe übernommen. Sie zu bewahren, obliegt ihrer Verantwortung. Denn allzu gefährlich wäre es, wenn sich Entfremdungstendenzen breitmachen würden. Dagegen ist die Existenz der beiden Minderheiten ein wirksamer Schutz.

Man solle sich der Tatsache, daß es Minderheiten an dieser Grenze gibt, nicht verschließen. Denn, das habe ich darzustellen versucht, die spannungsgeladene Schleswigfrage ist gültig gelöst worden und hat als effektiven Grenzschutz zwei lebendige Minderheiten entstehen lassen. Diese Volksgruppen sind die besten Garanten der Grenzziehung von 1920.

Im fünfzigsten Jahr der dänischen Minderheit in Preußen, 1914, steckten H. P. Hanssen und sein Freund H. V. Clausen die jetzige Grenze ab. Im fünfzigsten Jahr

der deutschen Minderheit in Dänemark erklären wir uns für die grenzüberwindende Nachbarschaft.

Die Bedeutung der nationalen Minderheiten

Ihre ganz entscheidende Bedeutung liegt meiner — und vermutlich vieler anderer — Meinung nach in ihrer Anregung zum Wettbewerb im Grenzland. Wenn man sich eine völlig reine Grenze ohne Minderheiten auf beiden Seiten vorstellen würde, bestünde hoffentlich die gute Nachbarschaft, von der ich sprach, aber kaum viel mehr. Nun haben wir die Minderheiten auf jeder der beiden Seiten der Grenze, und das verleiht dem Grenzland sowohl im Norden als im Süden jene Spannung — oder auch jenes Risiko — die Leben hervorruft.

Es findet in diesem Gebiet eine Brechung zweier Kulturen statt. Die formelle Staatsgrenze hat eine Festigkeit und Unbeweglichkeit, die die Nationalitäten- oder Volksgrenze nicht besitzt. Ihr Verlauf zeichnet sich nicht klar ab, und sie ist prinzipiell ständig in Bewegung. Sie erscheint wie der Wellenschlag zwischen den beiden Meeren nördlich von Skagen.

Diese Betrachtung setzt voraus, daß sich vom Norden und vom Süden her Kräfte bewegen. Dies bedarf keiner näheren Dokumentation; es zahlt sich in barer Münze sehr deutlich aus in Tingleff, in Flensburg und vielen anderen Orten in Sønderjylland, verstanden als Nordschleswig und Südschleswig.

Aber um den Gedankengang ganz klar zu machen, muß von der Breite des Kraftfeldes und der Richtung der Kräfte etwas gesagt werden. Die Begriffe dänisch und deutsch sind merkwürdig leer. Es wäre ein Satz ohne Sinn, wenn man sagen würde: „Ich will das Dänische tun“, oder „Ich will das Deutsche tun“. Die Sätze werden erst verständlich, wenn man sagt: „Ich, als Däne, tue dies und jenes“, oder „Ich, als Deutscher, tue dies oder jenes.“ Damit ist sowohl die Breite als die Richtung des Kraftfeldes angegeben. Jeder qualifizierte Arbeitseinsatz — Fach oder Beschäftigung sind unwichtig — in den zwei Nationen fügt sich ein in die Brechung der Kulturen, sei es als Einsatz im Mutterland oder vor der Grenze im Herbergsland. So breit ist die Brechung der Kulturen und somit auch das Kraftfeld; und im Grenzland findet diese Brechung — der Wellenschlag zwischen den beiden Meeren — statt.

Wie erwähnt, ist damit die Richtung der Kräfte angedeutet. Sie richtet sich — um nun uns selbst als Beispiel zu nehmen — prinzipiell nicht *gegen* das Deutsche und *für* das Dänische, sondern zielt auf den einen oder anderen Arbeitseinsatz hin, den man — angeregt durch den Wettbewerb — so gut wie irgend möglich auszuführen versucht. Durch einen so ausgerichteten Einsatz — also indirekt — wird das dänische bzw. deutsche Element im Kraftfeld gestärkt.

Aus dieser Situation entsteht die besondere Verpflichtung und der besondere

Reichtum im Grenzland, und aus dieser Situation wird das nationale Zugehörigkeitsverhältnis des einzelnen Menschen und vielleicht besonders dasjenige seiner Kinder bestimmt.

Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers entnommen aus „Lidt Grænselands ideologi. Uddrag af en afstemmelsestale“, Sonderdruck von Sprogforeningens Almanak for 1970

Ein Bild von dem geben, was ist

Ein Interview mit dem Skandinavien-Korrespondenten der dpa

Frage: Herr Hansen, wie lange sind Sie schon in Dänemark?

H.: Ich bin ja in Nordschleswig geboren, das war Ende 1917, und 1920 kamen wir zu Dänemark. Es war also kein persönlicher Entschluß von mir, alldieweil ich in der Wiege lag.

Frage: Und wann haben Sie Ihre Tätigkeit hier in Kopenhagen angetreten?

H.: Wie Sie wissen, kehrte ich nach journalistischer Tätigkeit in Deutschland und Frankreich im September 1944 nach Nordschleswig zurück und erlebte da die letzte Phase des zweiten Weltkrieges mit. Nach dem Kriege war ich am Wiederaufbau der Institutionen der deutschen Volksgruppe beteiligt. Ich blieb in Nordschleswig bis 1953, dann war ich zunächst drei Jahre Korrespondent des „Nordschleswiger“ im Folketing hier in Kopenhagen und gleichzeitig freier Korrespondent deutscher Rundfunkanstalten. Danach bat man mich, die Vertretung der Deutschen Presse-Agentur für Dänemark und Norwegen zu übernehmen, und seitdem bin ich Auslandskorrespondent für die dpa.

Frage: Sind Sie der erste dpa-Korrespondent hier gewesen?

H.: Nein, der dritte. Sehr früh nach dem Kriege übernahm Karl Raloff die Vertretung für eine Vorläuferin der dpa und wurde dann von ihr übernommen. Nach Karl Raloff kam Horst Fuchs, der jetzt Syndikus in Lübeck ist, und sein Nachfolger wiederum war ich.

Frage: Wie hat sich die Situation seit Ihren ersten Jahren bei der dpa bis heute geändert, welche hauptsächlich Erfahrungen haben Sie in dieser Zeit gemacht?

H.: Hauptaufgabe aller Deutschen hier in Dänemark war der Versuch, zur Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen nach den Belastungen durch die Besatzungszeit beizutragen. Unser Haupteindruck ist, daß diese Aufgabe erstaunlich gut gelungen ist. Einer der Ausgangspunkte, daß darf man nie vergessen, war die Befriedung im Grenzland. In Deutschland vergißt man ja leicht, daß diese Grenzlandfrage für Dänemark primäre Bedeutung hat. Es gibt keine deutschdänische Verständigung auf der Luftlinie Kopenhagen und Bonn oder Kopenhagen und Berlin, es gibt nur eine Verständigung dort, wo die beiden Nationen sich tatsächlich begegnen, im Grenzland. Man könnte sagen, daß wir ein Verhältnis erreicht haben, wie wir es, historisch gesehen, wahrscheinlich nie

gehabt haben, in dem Sinne, daß es echte Reibungen nicht mehr gibt. Man muß aber hinzufügen, daß dies nun keineswegs die Etablierung eines herzlichen deutsch-dänischen Verhältnisses einschließt, wie man in Deutschland leicht zu glauben scheint. Eine Herzlichkeit in den Beziehungen werden wir in meiner Generation nicht mehr erleben. Möglich ist ein korrektes, von Spannungen freies Verhältnis zwischen Dänemark und der Bundesrepublik, zwischen Dänen und Deutschen, und ich weiß gar nicht, warum wir unbedingt mehr wollen.

Frage: Was halten Sie in diesem Zusammenhang von der kürzlich gegründeten Dansk-Tysk Selskab?

H.: Ich glaube, daß diese neue Gesellschaft nicht ohne Bedeutung ist. Der Hintergrund dafür, daß es diese so lange nicht gegeben hat, während für beinahe jedes Land eine solche existiert, waren die psychologischen Schwierigkeiten aus der Besatzungszeit und die Erinnerungen an eine frühere Deutsch-Dänische Vereinigung. Es war nicht ganz leicht, einen Boden zu finden, auf dem man stehen konnte. Diese neue Gesellschaft hat wohl zweierlei Aufgaben: einmal sind sie repräsentativer Art, zum anderen soll sie ein Forum für Kontakte sein: kulturelle, wirtschaftliche und politische, von Persönlichkeit zu Persönlichkeit, von Gruppe zu Gruppe. Da die Gesellschaft erst seit einem halben Jahr besteht, hat sie noch alle Entwicklungsmöglichkeiten in sich.

Frage: Gibt es auch eine entsprechende Gesellschaft für die DDR?

H.: Die hat es schon viele Jahre gegeben, aber von einem ganz anderen Charakter, denn angesichts fehlender diplomatischer Beziehungen hat sie keine amtlichen Berührungspunkte.

Frage: Was interessiert die Bundesrepublik und ihre Presse besonders an Dänemark?

H.: Es genügt nicht, wenn man über ein Land zu berichten hat, einfach eine Serie von Meldungen zugrunde zu legen, sondern man muß vorweg ein Bild des Landes haben, ein Bild dessen, was ist, man muß erst eine Wäscheleine ziehen, ehe man die Wäsche aufhängt. Sie können z. B., ohne irgend etwas Falsches zu berichten, ein völlig falsches Bild vermitteln, indem Sie immer nur gewisse Äußerungen und Erklärungen sehen.

Frage: Wie wählt man in den Heimatredaktionen aus den angebotenen Nachrichten aus?

H.: Einmal wird aus ganz konkreten Gründen ausgewählt, weil die Platzverhältnisse in einer Zeitung, einem Rundfunk-, einem Fernsehprogramm begrenzt sind, es kommt nur darauf an, daß diese Auswahl sachgerecht, fachlich

richtig unternommen wird. Es gibt natürlich immer Publikumsorgane, die sich spezialisieren — man könnte die Boulevardpresse erwähnen — ich erinnere an den ganzen royalistischen Wirbel, der in republikanischen Ländern größer ist als in Monarchien. Oder das übertriebene Interesse für alles, was mit Sex und Porno zusammenhängt. Das kann so weit gehen, daß ein ganz falsches Bild eines Landes, wie z. B. Schwedens, entsteht. Das ist ein Problem für einen Korrespondenten, der versucht, ein möglichst richtiges Bild des Landes zu geben.

Frage: Wie sind die Erfahrungen anderer Kollegen in Skandinavien?

H.: Es ist ein Unterschied, ob jemand, wie ich, im Pressenachrichtendienst tätig ist oder ob er Zeitungskorrespondent ist. Dieser wird sich weit weniger, als ich es muß, auf das reine Geschehen konzentrieren, seine Aufgabe ist mehr die Analyse der Nachrichten und Kommentare. Wir haben in Kopenhagen leider sehr wenige hauptamtliche deutsche Korrespondenten, die meisten sitzen in Stockholm. Aber selbstverständlich kommen sie bei wichtigen Ereignissen nach Kopenhagen oder nach Oslo, und sie haben bei mir in Kopenhagen quasi ein kleines Zentrum, so daß ich von hier aus auch laufenden Kontakt mit deutschen Korrespondenten in Stockholm habe.

Frage: Ist es nicht ein schwieriges Problem für einen Skandinavienkorrespondenten, in der Regel vier bis fünf verschiedene Länder zu beobachten?

H.: Ein Korrespondent kann die fünf nordischen Länder durchaus von einer Stelle aus bearbeiten, da alle fünf doch vieles Gemeinsame haben. Ich denke z. B. an die nordische Zusammenarbeit. Bei uns auf dem Nachrichtensektor haben wir eine Teilung nach einem anderen Kriterium vorgenommen: mein Kollege in Stockholm berichtet über die neutralen Länder, ich über die zum Atlantikpakt gehörigen Länder. In den Ländern, in denen wir nicht selbst sitzen, haben wir Nachrichtenmitarbeiter, und daneben arbeiten wir in ganz Skandinavien mit den nationalen Presseagenturen zusammen, hier in Dänemark mit Ritzaus Bureau, in dessen Haus auch ich meinen Sitz habe. Das hat zur Folge, daß wir das gesamte Nachrichtenmaterial dieser nordischen Agenturen zur Verfügung haben.

Frage: Wie wird man mit besonderen Fragen, die eine Spezialkenntnis erfordern, fertig? Grundsätzlich müßten Sie doch über alles, von Schiffskollisionen bis zum Agrarexport, berichten.

H.: Wenn ich über einen Fußballkampf berichten müßte, dann wäre das also nicht mein Fall. Im Schiffahrtsbereich z. B. gibt es eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Seenotdienst, der für uns Korrespondenten eine vorbildliche Quelle ist. Wir können jederzeit jegliche gewünschte Auskunft von dort erfragen.

Frage: Wie ist die Zusammenarbeit mit den dänischen Behörden?

H.: Es wird Sie nicht überraschen, daß die dänischen Ministerien und Behörden außerordentlich pressefreundlich sind. In Dänemark hat die Presse einen bestimmten Status: sie betrachtet sich und wird betrachtet als eine der Säulen der Demokratie. Deshalb kann man nicht sagen, daß sich die Ministerien einerseits und die Presse andererseits als Gegenspieler betrachten. Hinzu kommt, daß wenn man, wie nun ich, zwölf Jahre dpa-Korrespondent gewesen ist, über die notwendigen Verbindungen, Bekanntschaften, Beziehungen und auch Freundschaften verfügt, die die Arbeit sehr erleichtern.

Frage: Wie ist das Echo in Deutschland? Haben Sie das Gefühl, daß man in Deutschland Ihre Meldungen richtig versteht und auffaßt?

H.: Wir hätten gern, daß man von vornherein mehr Zugang zu den nordischen Dingen hätte. Dr. Schlegelberger hat in seinem neuen Buch darüber ganz witzig geschrieben: „Es gibt viele Deutsche, für die die Welt bei Hamburg aufhört, und dahinter kommt nichts mehr.“ Dieses Gefühl haben wir oft. Wir dürfen das natürlich nicht allzu subjektiv von unserem Platz her beurteilen; aber wir haben doch das Gefühl, daß die Bundesrepublik in vielen Fragen zu kontinental denkt; wir, die von der Küste sind, finden, es wäre günstig, wenn in der Bundesrepublik der Blick mehr über die Meere gerichtet würde. Aber auch hier sind Unterschiede in der publizistischen Behandlung der Dinge festzustellen. Es ist merkwürdig und besonders merkwürdig für mich als alten Presseemann, daß die Presse in der Bundesrepublik, von einigen großen Organen abgesehen, die ein spezielles Interesse zeigen, nicht so skandinavieninteressiert ist wie Rundfunk und Fernsehen.

Frage: Wie kommt das?

H.: Das ist wohl nur zu erklären durch die Menschen, die in diesen Institutionen tätig sind. — Was uns fehlt, ist eine Zeitschrift oder ein Publikationsorgan, in dem speziell die Ereignisse in Skandinavien beleuchtet werden, wir haben eigentlich nur eine, die ja ihrer Aufgabe nach regional etwas begrenzter ist, die Grenzfriedenshefte.

Frage: Eine persönliche Frage an Sie, fühlen Sie sich nach so vielen Jahren Tätigkeit in Dänemark nicht ein bißchen als Anwalt Skandinaviens?

H.: Es gibt eine auf Bismarck zurückgehende Auffassung: Wenn ein Diplomat nicht nach einiger Zeit ausgewechselt wird, kann er leicht zum Botschafter seines Gastlandes werden. Ein solches Problem kann es auch bei entsandten Auslandskorrespondenten geben, daß sie nach einiger Zeit den notwendigen

Abstand nicht mehr haben, sowohl generell als von einer deutschen Perspektive her das Gastland so objektiv wie möglich zu beurteilen. Presseagenturen haben für den Normalfall die Regel, daß Auslandskorrespondenten nach einer höchstens zehnjährigen Periode ausgewechselt werden. Aber als Angehöriger einer nationalen Minderheit bin ich in dieser Hinsicht kein Normalfall. Man hat quasi mit der Muttermilch eingesogen, daß man eine gewisse Distanz nach fast allen Seiten hat. Das Risiko einer Assimilation nach irgendeiner Seite hin besteht nicht, wenn man einer Minderheit a priori angehört hat.

Frage: Sie leben sehr gern in Kopenhagen?

H.: Offen gestanden suchen wir den Menschen, der in Kopenhagen nicht gerne lebt. Vergessen Sie nicht, Kopenhagen hat eine ganz besondere Atmosphäre, die objektiv zu begründen sehr schwierig ist. Bei mir kommt hinzu, daß ich mit der Altstadt sehr verbunden bin durch meine ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzender in der deutschen St.-Petri-Kirche und St.-Petri-Schule, die ja hier im Stadtzentrum von Kopenhagen liegen. Diese Aufgaben neben meinem Beruf sind so faszinierend, insbesondere in ihrem historischen Zusammenhang, das allein das schon einen hier in Kopenhagen ausfüllen kann.

Frage: Was gehörte zu den erfreulichsten Erlebnissen während Ihrer Tätigkeit hier?

H.: Es gibt journalistische Höhepunkte, die auch Höhepunkte in unserem Leben sind. Das hat nichts damit zu tun, ob wir Sympathien dafür haben oder Antipathien, als journalistisches Erlebnis möchte ich den Besuch von Chruschtschow einen Höhepunkt nennen. Aber Begegnungen mit Persönlichkeiten der Zeitgeschichte haben wir ja als Presseleute am laufenden Band. Es gibt kaum eine Persönlichkeit der Weltbühne, die nicht zu irgendeinem Zeitpunkt in Kopenhagen zumindestens zwischenlandet. Persönlich freue ich mich besonders über die großen Fortschritte, die wir hier in der deutschen Schule und der deutschen Kirche gemacht haben. Wir hoffen, daß wir dieses alte Monument der Gesamtstaatsperiode, die St.-Petri-Kirche mit ihren Grabkapellen, bis zum 400jährigen Jubiläum im Jahre 1975 völlig wiederhergestellt haben.

Frage: Haben Sie auch Enttäuschungen erlebt?

Wenn man durch all das, was wir in unserer Zeit erlebt haben, Realist geworden ist, dann gehört sehr viel dazu, daß man wirkliche Enttäuschungen erlebt.

Frage: Glauben Sie, daß sich das Skandinavienbild der Deutschen im Laufe Ihrer Arbeit in Kopenhagen geändert hat?

H.: Natürlich hoffe ich, daß die Tätigkeit meiner Kollegen und auch meine hier nicht

ohne Wirkung geblieben ist, aber das ist von uns aus gesehen sehr schwer zu beurteilen, und Sie wissen, daß wir Presseleute skeptischer sind in bezug auf unsere Wirkungsmöglichkeiten, als das Publikum annimmt. Säßen jedoch auf unseren Plätzen Leute, die die Länder nicht von inner her verstehen, dann könnte enorm viel zerschlagen werden. Wenn wir das nicht getan, sondern uns bemüht haben, positiv zu wirken, statt zu zerschlagen, dann, glaube ich, haben wir Erfolg in unserer Tätigkeit gehabt.

Frage: Welche Rolle spielt alles, was mit dem Grenzland zusammenhängt, in Ihrer Berichterstattung?

H.: Das darf ich eigentlich nicht sagen. Mein Reich hört an der Königsau auf, nicht, weil ich die Königsau als Grenze fordere, sondern weil ich einen Kollegen in Flensburg habe, dessen Arbeitsgebiet das alte Herzogtum ist. Aber vieles spiegelt sich ja in Kopenhagen wider. Das Grenzland wird niemals, auch wenn es dort noch so ruhig ist, aufhören, eine zentrale Rolle für das dänische Volk in der Beurteilung der deutschen Beziehungen spielen. Das ist nun einmal der Blickpunkt des dänischen Volkes im Verhältnis zu Deutschland.

Vorurteile richten nur Schaden an

Der Generaldirektor des dänischen Rundfunks, Hans Sølvhøj, wendet sich in dem nachstehenden Aufsatz gegen Vorurteile, die das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark in der Vergangenheit belastet haben und die heute nur schaden könnten. Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers in Übersetzung entnommen aus „Berlingske Tidende“, Dezember 1969.

Ein eifriger Kritiker schrieb seinerzeit nach seiner Vertiefung in Prof. Erik Arups Schilderung des dänischen Mittelalters und der Renaissance, wenn das Dänemarks Geschichte sein solle, dann könne jeder betrunkene Taxichauffeur Dänemarks Geschichte schreiben. Das waren harte Worte in einer harten Zeit, aber sie waren jedenfalls geeignet, eine Debatte über Arups Thesen hervorzurufen. Dieser radikale Forscher nahm in seinem Hauptwerk verschiedene Traditionen der dänischen Geschichtsschreibung unter die Lupe, und mancher gute Nachkomme der Nationalliberalen und brave Vaterlandsfreund wurde in seiner Seele erschüttert.

In dem zweiten Band seiner Geschichte Dänemarks schreibt Erik Arup über Graf Gert und Niels Ebbesen in einer Weise, die sich sehr unterscheidet von der nationalromantischen Auffassung, die wir so gut aus unserer Kindheit kennen, als der Deutschenhaß uns mit den schönen Worten der Volksweise: „Lasset die Deutschen für Dänemark weinen“ eingeeimpft wurde.

Der Historiker schreibt in dieser Verbindung: „Nationalismus nennen wir jene Abart der natürlichen, angeborenen Vaterlandsliebe, die durch ein lebendiges Bewußtsein des Gegensatzverhältnisses zu einem anderen Volk bestimmt ist und das sich unter Umständen zu einem gemischten Gefühl des Hasses, der Verachtung, heimlicher Bewunderung und Furcht steigern kann. Der Nationalismus ist seit dem 14. Jahrhundert zu einer mächtigen treibenden Kraft in aller europäischen Politik geworden, die auf den uralten Instinkten der Stämme beruht und hatte, seitdem die Stämme Völker wurden, seinen Herd in den Grenzländern der europäischen Völker. In Dänemark begegnen wir dem Deutschenhaß schon bei Saxo, aber er flammt uns bei dem Mönch im Rudekloster bei Flensburg entgegen, der kurz nach 1288 ein Jahrbuch für das Kloster schrieb und darin bei der Erwähnung der Gefangennahme Waldemars II. einfügte: Bemerke, Leser, daß die Deutschen niemals oder nur selten Übermacht bekamen oder triumphierten, es sei denn durch Verrat oder Betrug, der ihnen von Natur aus innewohnt.“

Derjenige, der sich nur flüchtig mit unserer glorreichen Vorzeit befaßt hat, kann mühelos eine Linie von dem Grafen über den Dreißigjährigen Krieg, als Wallensteins Truppen Jütland besetzten, bis 1848 und 1864 ziehen. Mit ein bißchen Fingerfertigkeit kann man den Gang der Geschichte vereinfacht als ein Zeugnis eines beständigen Gegensatzverhältnisses zu Deutschland darstellen. Aus dieser Sicht hängt die Besetzung von 1940 bis 1945 logisch mit den bisherigen Erfahrungen zusammen, und wir können bei Gelegenheit dieselbe Bescherung wieder erwarten, denn die Deutschen sind ja Revanchisten.

Ist man nun darauf eingestellt, diese einfache Lehre über unser Verhältnis zu dem deutschen Volk zu bewahren und zu bestigen, kann man auch ein wenig beim Volkscharakter verweilen. Dabei ist es lohnend festzustellen, daß die Deutschen tief in ihrem Herzen Sehnsucht nach Stiefelgetrappel und Gewalt, nach Disziplin und Gleichschaltung, nach Gehorsam und Zucht haben. Diese natürliche Veranlagung wurde dann durch ein günstiges Milieu gefördert, bis sie unter Machtmenschen wie Bismarck, Wilhelm II., Hindenburg und Hitler ihre höchste Entfaltung erreichte. Deshalb, so meinen viele, müssen wir so fürchterlich aufpassen, denn die hinterhältige Lebensauffassung und Herrenvolkmentalität stecken so tief, daß der deutsche Volkscharakter vielleicht für dauernd verdorben worden ist. Ein ständiger Leserbriefschreiber in einer bestimmten Kopenhagener Tageszeitung schloß in den Jahren unmittelbar nach der Befreiung 1945 unter allgemeinem Beifall seine Briefe immer mit der edlen Sentenz: „Wer einem Deutschen traut, ist ein Narr.“

Wenn auch einer so primitiven Auffassung des Deutschen wohl durch einen längeren Schulbesuch und eine intensivere Volksaufklärung entgegengewirkt wird, ist sie doch so verbreitet, daß immer noch auf sie gesetzt werden kann, besonders von Leuten, deren politisches Ziel Mißtrauen gegen die Bundesrepublik und eine daraus folgende Isolation ist. Ihr Stichwort ist Revanchismus, und bis vor kurzem erklärten sie uns, daß die sogenannten Nationaldemokraten unter der Leitung von Thaddens die banger Ahnungen durch ein überaus günstiges Wahlergebnis bestätigen würden. Diese Bestätigung blieb aus.

Halten wir uns an die vereinfachte Wiedergabe eines Gegensatzverhältnisses zu Deutschland und an die Unsicherheit, die ein angeblich schlechter Volkscharakter mit sich führt, kann es schwierig sein, sich darauf einzustellen, wie die Wirklichkeit aussieht: daß alle Vernunft für eine verstärkte Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Dänemark — auf politischem, ökonomischem und volklichem Gebiet — spricht.

Nun brauchen wir uns glücklicherweise nicht an die oben skizzierten Vorurteile zu halten, die gegen einen näheren Kontakt mit Deutschland sprechen. Denn diese Vorurteile sind nicht gerade auf Felsen gebaut. In Wahrheit liefert uns die

Geschichte eine Reihe von Zeugnissen über die enge Bindung an Deutschland, die immer bestanden hat.

Die beiden Länder gehörten in den Jahrhunderten des Mittelalters demselben Kulturkreis an, und als sich die Kommunikationsmöglichkeiten erweiterten und der Handel zwischen den Ländern anstieg, verdichtete sich die Verbindung. Die dänische Bauernkultur hat nur im begrenzten Umfang unter deutschem Einfluß gestanden, aber die Städte mit ihrem Handwerk und Handel und später der Industrie, dem Staatsleben und der Geisteswelt erhielten auf manchen Gebieten spürbar ein deutsches Gepräge. Es ist eine interessante Überlegung, daß die Schwärmerei für das Angelsächsische, die besonders nach Grundtvigs Englandreisen 1829 bis 1831 Bedeutung erhielt und die in den 1930er und 1940er Jahren ihre bisherige Kulmination erreichte, gar nicht einer volklichen kulturellen Verbindung entspricht, während andererseits die Existenz einer solchen Verbindung mit Deutschland die beiden Nationen nicht in ein herzliches gegenseitiges Verhältnis geführt hat. Diejenigen, die die Verbindung mit der deutschen Bundesrepublik gern verstärken möchten, haben in mancher Weise die Geschichte auf ihrer Seite. Betrachtet man die Zeit seit der Renaissance ganz bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, bemerkt man einen kräftigen deutschen Einfluß auf allen Lebensgebieten. Luthers Schüler, der joviale und kluge Dr. Johann Bugenhagen, stand mit theologischer Klarheit und üppigem Organisationstalent Pate bei der Einführung der Reformation in Dänemark. Bis zu Grundtvigs Zeiten bildeten deutsche Dichtung und oft deutschgeprägte dänische Kirchenliederdichtung die Grundlage unseres Kirchengesanges. Und nicht einmal die bitteren politischen Erfahrungen mit Deutschland in dem letzten Jahrhundert haben das deutsche Gepräge des Gemeindegesanges verwischen können.

Im 17. und 18. Jahrhundert standen die Bürgerschaft, das Heer, der Gutsbesitzerstand und die Staatsführung im hohen Maße unter dem Einfluß von Deutschen. In der Mitte des 17. Jahrhunderts waren bis zur Hälfte der Zunftältesten in Kopenhagen Deutsche, und in den großen Kaufmannshöfen saßen Deutsche zuhauf. In der Staatsführung bildeten begabte und gutausgebildete Deutsche oft ein gutes Gegengewicht gegen die mangelnde Einsicht der absolutistischen Könige. Griffenfeld war der Sohn eines eingewanderten deutschen Weinhändlers. Struensee, freiheitlich gesinnt und weitblickend, war deutsch bis ins Mark. Die Bernstorffs waren Norddeutsche, die zur Teilnahme an der Staatsführung importiert wurden. Zu dem Zeitpunkt bestand der Staatsrat Friedrichs V. aus drei Mecklenburgern und einem Hannoveraner. Und sollte man sich darüber im Zweifel sein, von wo die Reventlows sich ihre Inspirationen holten, kann man sich schnell darüber informieren, daß ihr Studienaufenthalt an deutschen Universitäten, ihre enge Verbindung mit norddeutschen Freunden des Fortschritts für ihre menschenfreundliche

Einstellung gegenüber den Unterdrückten ausschlaggebend waren.

In der Welt der Wissenschaft und der Dichter ist eine deutsch-dänische gemeinsame Kultur deutlich zu erkennen. Ewald, Wessel, Baggesen und Oehlenschläger schrieben deutsch genauso gut wie dänisch. Ja, einige der Dichter sprachen von ihrer deutschen Lyra und ihrer dänischen Lyra. Carsten Hauch kann erwähnen, daß in Rom deutsche und dänische Künstler wie Brüder leben, und noch 1848 schrieb Hans Christian Ørsted: „Tief spüren wir, daß der Feind doch unser Bruder ist, durch Jahrhunderte mit uns verbunden.“

Als im 19. Jahrhundert ein starker deutscher Nationalismus aufkam, besonders genährt durch den Kampf gegen Napoleon, entstand allmählich das deutsch-dänische Gegensatzverhältnis, das seitdem fast nicht abzuschütteln war. Aus diesem deutschen Nationalismus entstand erst ein neuer deutscher Bundesstaat und später eine aggressive Machtpolitik, die uns und anderen tief im Herzen Wunden zufügte. Die Zeugnisse der Geschichte bewegen unsere Gemüter stark, und es ist verständlich, daß 1848, 1864 und 1940 nicht so leicht von der Tafel der Erinnerung gelöscht werden können.

Aber selbst in dieser Periode fließt der Strom von Deutschland nach Dänemark. Auf der einen Seite der sozialistische Aufruhr gegen die bestehende Gesellschaft: Marx, Engels, Bebel und später Rosa Luxemburg. Waren sie etwa nicht Deutsche? Auf der anderen Seite die bürgerliche parlamentarische Lebensform mit ihrer liberalen Glaubensprägung an den Menschenwert und die Toleranz. War Thomas Mann etwa nicht deutsch?

Es gibt keine Lebensform, die nur auf heimatlichem Boden gewachsen ist, und es gibt keinen gültigen Grund, die Tatsache zu verneinen, daß wir doch die Brücke zwischen Europa und dem Norden sind. Lassen Sie uns doch einsehen, daß die Zeit nicht dazu angetan ist, den kleinen Revanchismus gegenüber Westdeutschland zu schüren. In der Bundesrepublik befindet sich alles unter dem Gesetz der Veränderung inbegriffen das Verhältnis zum anderen Deutschland, der DDR.

Das Menschenbild, auf dem auch die nordischen Demokratien beruhen, ist nun auf dem Weg zu einer kräftigeren Ausprägung in unserem Nachbarlande. Wenn diese Entwicklung gefördert werden soll, muß es durch den Kontakt mit Westdeutschland und nicht durch Isolation geschehen. Und sollten einige Vorurteile unterwegs sterben, so laßt sie doch sterben. Sie waren vielleicht in der Zeit der Bewährung von Nutzen. Aber heute richten sie nur Schaden an. Auch für uns.

Wenn dies mächtige Land unser Schicksal ist, ist es zugleich unsere Möglichkeit. Wenn von jeglichem Ausland Deutschland uns am nächsten steht, muß es zugleich für uns der natürliche Weg sein, auf dem wir uns in der Welt geltend machen können. Ich fragte: Wenn Deutschland unwidersprochen mehr als irgendein anderes Land unsere Kultur geprägt hat, wie haben wir dann darauf reagiert? Haben wir passiv empfangen oder haben wir dem Empfangenen eine veränderte Gestalt gegeben? Oder haben wir unsererseits etwas gegeben, und wenn, was?

Carl Nissen Roos in „Livserindringer“

DEM
GRENZFRIEDENSBUND
ZUM ZWANZIGJÄHRIGEN
BESTEHEN

Mir fiel ein,
unserem Grenzfriedensbund
für sein Jubelfest
(das er angesichts seiner Erfolge
mit gutem Gewissen begehen kann)
einen Prologus zu schreiben,
der der Würde des Tages
angemessen ist.

Wir sind die Brücke
über Grenz' und Schranken,
für die die Nationen Pfeiler sind, —
ohne die Brücke
gibt es keinen Frieden! —

Wir bauen aus
notwendenden Gedanken

für unsre Völker,
Kind und Kindeskind,

für alle, denen Not
sonst war' beschieden, —

für alle sonst vom Tod bedrohten Kranken,
den sicher'n Weg,
den jedes Volk gewinnt,
das eitlen Prunk
und Torenstolz vermieden. —

Wer sich zu uns bekennt,
beweist die Stärke,

die Menschen brauchen
zum vereinten Tun;

nur starke Herzen
können Gleichschritt wagen,

der mehr als Trott ist,
sie allein tun Werke,
die Völker heilen,
sie nur sind immun
gegen Erschlaffen,
gegen Angst und Zagen. —

Denn nur der Friede,
dieses wiss' und merke,
baut vor dem Schicksals-
meere Deich und Buhn',
in deren Schutz
die Felder Früchte tragen. —

Auf solchen Feldern
wachsen erst die Helden,
blüht erst die Mühe,
die das Leben lohnt,
hier spürt der Mensch erst
seine wahre Würde, —
auf ihnen erst ist
rechter Stolz zu melden,
der den nur ellenbogen-
starken Fant entthront
und der dem Fleißigen
erleichtert seine Bürde. —

So mag denn unsre
Völkerbrücke gelten
für jeden, der den
Erdenball bewohnt,
als Bruderpfand in
Weisheit, Wahrheit, Würde!!

HERMANN DOMBROWSKI